

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Organ der Eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg, der allg. Metallarbeitervereine, der Fachvereine der Formner, Klempner, Schlosser und Maschinenbauer, Goldgießer und Gütfler, Feilenhauer, Schmiede, Dreher, Binngießer, Schläger &c. Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 $\frac{1}{2}$, in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Hürnberg, 14. Februar 1891.

Inserate die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 $\frac{1}{2}$. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weigenstraße 12.

Aus Amerika.

(Korrespondenz für die Metallarb.-Zeitung.)
New-York, 22. Januar.

Es ist alle Hoffnung vorhanden, daß der neuerdings angeregte Versuch, eine auf dem Boden der modernen Arbeiter-Bewegung stehende Organisation der Metallarbeiter Amerika's, und zwar zunächst der im Maschinenbau arbeitenden, zu schaffen, diesmal von dauerndem Erfolg sein wird, da sich in den paar letzten Jahren die Dinge bedeutend zu Gunsten eines derartigen Vorgehens gestaltet haben.

Der „Metallarbeiter-Verband“, welcher eine Reihe von Jahren bestand und erst seinen Sitz in New-York, dann in Baltimore und schließlich in Philadelphia hatte, auch ein Presborgan — den „Hammer“ — besaß, konnte nicht empor kommen und laborierte kümmerlich hin, bis vor nun ca. 2 Jahren sein letztes Lebensstüchlein erlösch und er sammt seinem Organ einging. Der in New-York befindliche Stamm blieb indessen ziemlich voll beisammen und ist in der „Allgemeinen Maschinen-Union von New-York und Umgegend“ vereinigt. Doch hatte sich schon früher ein Theil, von einigen anarchistischen Elementen beeinflusst, abgetrennt und eine besondere Lokal-Organisation (Progressive Maschinenunion) gegründet, sowie ebenfalls ein (von dem bekannten Whigkarebirtes) Blatt, „Der Metallarbeiter“, herausgegeben, das aber nur eine kurze Zeit sein Dasein fristete.

In den meisten übrigen größeren Städten des Landes blieben die Lokal-Organisationen der Metallarbeiter (hauptsächlich aus Maschinenschlossern, hier Maschinenisten genannt, bestehend) intakt, wenn auch mit meistens kleiner Mitgliederzahl, aber nirgends hörte man von einer besonderen Thätigkeit derselben, und der Zusammenhang unter den Organisationen der verschiedenen Städte ging gänzlich verloren.

Es besteht zwar noch eine nationale Maschinenisten-Union, die ihren Sitz im Süden hat; dieselbe enthält aber in ihren Statuten eine Bestimmung, daß Farbige nicht aufgenommen werden dürfen, ist auch im Uebrigen von dem hier noch in den meisten Organisationen der englisch sprechenden Arbeiter grassirenden „alt-konservativen“ Geist befallen, welcher in der Anschauung wurzelt, daß die Gewerkschaftsbestrebungen („reiner, unverfälschter Trades-Unionismus“ nennt man das hier) auf den Prinzipien der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit fußen müssen, resp. beides gleichberechtigte Faktoren seien, so daß es sich für die organisierten Arbeiter im Grunde nur darum handelt, das richtige Gleichgewicht zwischen diesen Faktoren herzustellen. (Wobei es manchmal freilich, bei hartnäckigem Widerstand des Kapitals, recht ungemüthlich hergehen kann, ohne daß indessen die auf jener Anschauung fußenden Arbeiter durch ihre Kämpfe mit dem Kapital einen weiteren Blick gewinnen.)

Die fortschrittlich gesonnenen Arbeiter

konnten also kein be... ngen spüren, sich dieser Organisation anzuschließen. In den letzten Jahren hat sich aber, besonders durch die Agitation für den achtstündigen Arbeitstag, ein wesentlicher Umschwung in den Anschauungen der Arbeiter im Allgemeinen vollzogen, wenn das auch nicht so zu verstehen ist, daß sie sich schon voll auf den Boden der neuzeitlichen Gewerkschafts-Bewegung stellen. Seitens der hiesigen Maschinenisten-Organisation wurde folgebessert schon vor einiger Zeit mit genanntem National-Verband in Verbindung getreten, um durch Entfernung des angeführten Passus im Statut gegen die Aufnahme Farbiger (welcher dem Gleichheits- und Gerechtigkeitsgefühl der fortschrittlichen Arbeiter die Annäherung unmöglich machte) es zu ermöglichen, sich dem Verband anzuschließen zu können. Man erwartete um so mehr ein günstiges Resultat, als der jetzige Präsident des Verbandes — im Gegensatz zum vorigen, der ein eingefleischter „Niggerfeind“ war — vernünftigerer Anschauungen hegt und auch für die Befreiung jener Bestimmung einzutreten versprach. Es scheiterte dies aber an dem Vorurtheil der großen Masse der Mitglieder. Herrscht dasselbe im Süden der Vereinigten Staaten doch noch so stark, daß — wie auf der Konvention der „Federation of Labor“ mitgetheilt wurde — die Matrosen der südlichen Häfen lieber für den erbärmlichsten Lohn arbeiten, als ihre „Superiorität“ über die Schwarzen aufgeben würden!

Der Antrag der auf der Konvention der „Federation of Labor“ vertretenen New-Yorker Maschinenisten-Union, daß Seitens der „Federation of Labor“ die Gründung eines zweiten nationalen Maschinenisten-Verbandes in die Hand genommen werden sollte, wurde zwar abgelehnt, weil seitens der Federation selbst erst mit dem schon bestehenden Verbannde zu verhandeln sei, auch eine Kommission zu diesem Zwecke eingesetzt; doch wurde die Unterstützung der Federation zugesagt, wenn dies keinen Erfolg haben sollte und die Maschinenisten dann selbständig vorgehen wollten.

Letzteres ist nun geschehen. Die Vereinigten Maschinenisten von New-York und Brooklyn haben in den letzten Tagen einen Aufruf an alle Maschinenisten-Organisationen des Landes erlassen, welcher lautet: „Kameraden! Die Nothwendigkeit einer nationalen Organisation der Maschinenisten ist längst erkannt. Aus verschiedenen Gründen, die hier nicht erörtert zu werden brauchen, verließen alle bisher in dieser Richtung unternommenen Versuche resultatlos. Wir sind jedoch überzeugt, daß jetzt Zeit und Umstände zur Gründung einer National-Union günstiger sind als je zuvor. Wir fordern Euch daher auf, mit uns bei diesem bedeutungsvollen Werke Hand in Hand zu gehen. Eine Anzahl Maschinenisten-Vereine in verschiedenen Theilen des Landes haben uns bereits ihre Bereitwilligkeit, unserm Bunde beizutreten, angezeigt. Sobald wir eine

genügende Anzahl Zusagen erhalten haben, wird eine National-Konvention zur Gründung der Organisation zusammenberufen werden.“ — Ueber den weiteren Verlauf der Sache werde ich regelmäßige Mittheilungen machen.

Außer der schon genannten nationalen Maschinenistenunion besteht noch ein anderer nationaler Verband von Arbeitern der Metall-Industrie, und zwar derjenige der Eisenarbeiter. In demselben befinden sich hauptsächlich die in den großen Puddel- und Walzwerken beschäftigten Arbeiter. Früher hatten die Puddler eine separate Organisation, oder richtiger, sie ließen die übrigen Arbeiter nicht zu, da sie sich über dieselben als „skilled laborers“ erhaben fühlten. Nachdem sie aber durch ein neues und vor einigen Jahren trotz ihres Widerstandes eingeführtes Puddel-Verfahren von ihrem eingebildeten höheren Standplatz herabgedrängt worden waren, indem es bei diesem Verfahren keiner eingübten Arbeiter bedarf, entschlossen sie sich — „der Noth gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“ — die früher so gering geschätzten Kollegen im Eisenschaf als Brüder aufzunehmen. Inzwischen wird sich schon eine derartige Verschiebung vollzogen haben, daß der damalige so schroffe Gegensatz ziemlich vollständig verschwunden sein wird.

Holland in Wöthen.

„Es ist ein tragisches Geschick — wie wenn ihr letztes Stündlein herannahte, so muß ihnen zu Muth sein. Der Staat, den sie schon hübsch sicher in der Tasche zu haben meinten, steht plötzlich auf eigenen Füßen, und er macht Niemand das Schwert seiner Gesetzgebung gegen sie selbst zu kehren.“

„Es ist bereits so weit gekommen, daß sie diejenigen Leute, welche sie bislang verächtlich von oben herab zu betrachten gewöhnt waren, schmerzlich beneiden. Wir sind überzengt, sagen sie, daß keine Regierung derartige oder auch nur ähnliche Vorschläge zu machen gewagt haben würde, wenn es sich um Arbeiter handelte; da hier aber lediglich nur Arbeitgeber, Fabrikanten und dergleichen in Betracht kommen, so braucht man weder Rücksicht zu üben, noch den Gesetzen der Billigkeit Rechnung zu tragen — — —“

Die armen „Arbeitgeber“ und Fabrikanten! man braucht sich wirklich nicht zu wundern, daß sie ganz aus dem Häuschen sind gegenüber der graufigen Thatfache, daß ein Gesetzentwurf über das Telegraphenwesen von der Regierung dem Bundesrath vorgelegt worden ist, welcher der Regierung das Telephon-Monopol sichern soll.

Der § 1 dieses Entwurfes lautet nach der „Eisen-Zeitung“, der wir den oben widergegebenen Beheruf entnommen haben, wie folgt:

„Das Recht, Telegraphenanlagen herzustellen und in Betrieb zu nehmen, steht ausschließlich dem Reich zu. Unter Telegraphen-Anlagen sind die Fernsprech-An-

lagen mitbegriffen; ferner § 7: „Die „unbefugt“ hergestellten oder benutzten Telegraphen-Anlagen sind auf Anordnung des Reichskanzlers oder der von ihm ermächtigten Behörden durch die Polizei im Zwangswege einstweilen außer Betrieb zu setzen und zu beseitigen. Dem Beteiligte bleibt die Geltendmachung seiner Rechte im Rechtswege vorbehalten.“

Die schmerzzerfüllte „Eisen-Zeitung“ fährt fort:

„Bisher war das Telephonregal gesetzlich streitig; die Gerichte haben den Fiskus, der das Telephon ohne Weiteres mit dem Telegraphen identifizierte, abgewiesen. Nun soll das Telephonmonopol gesetzlich eingerichtet werden. Wir hoffen, daß der Reichstag hierzu seine Zustimmung nicht geben wird. Aber selbst, wenn dies geschähe, dann dürfte § 7 niemals Gesetz werden. Nach unserer Auffassung sind die Polizeibehörden überhaupt der Bürger wegen da, und nicht umgekehrt. § 7 ist aber eine Umkehrung dieses obersten Staatsgrundsatzes. Zunächst soll ein neues Recht geschaffen werden. Die Bürger, die auf Grund des bestehenden Rechtes Telephonanlagen eingerichtet, also lediglich von ihrem guten Recht Gebrauch gemacht haben, sollen von polizeiwegen gezwungen werden, ihre Anlagen außer Betrieb zu setzen; es wird ihnen dann freilich anheim gegeben, auf dem Prozeßwege ihre Rechte geltend zu machen. Ein solches Verfahren ist im höchsten Grade ungerecht. Wenn die Regierenden behaupten, die Gesetzgebung müsse sich der wirtschaftlich Schwachen gegen die wirtschaftlich Starken annehmen, so ist hier eine schöne Gelegenheit gegeben, die Aufrichtigkeit dieser Tendenz zu erweisen. Dem Fiskus gegenüber ist der einzelne Bürger stets der schwächere Theil. Es mag zwar für den Fiskus sehr bequem sein, ganz einfach seinerseits die Polizeigewalt gegen den Bürger auszuspielen, aber es ist jedenfalls der Gipfel aller Ungerechtigkeit, neben dieser polizeilichen Bergewaltigung den Bürger auf den Prozeßweg zu verweisen und ihn ohnedem als Kläger auch noch die Beweislast aufzubürden. Das Letztere ist das Schlimmste an der ganzen Sache und macht den Eindruck, als ob der Fiskus sich nur deshalb in die Rolle des Beklagten versetzen möchte, weil dies immer der bequemere Theil ist und, wenn es dem Kläger nicht gelingt, sein Recht zu „erweisen“, so wird er abgewiesen und die Polizei hat „Recht.“

Das sind allerdings schreckliche Erfahrungen. Herr Fiskus läßt sich durch die Gerichte nicht belehren, und da er bei dem Wortlaut der bestehenden Gesetze mit seinem Monopolisierungsgefühle nicht durchdringt, so drückt er einfach auf die Klinke der Gesetzgebung, um das geltende Recht in „Unrecht“ zu verwandeln und das, was gestern noch wohlverworbene Privateigentum war, sich selbst ohne alles Weitere in die nimmerfatte Tasche zu stecken.

Dieser fürchterliche § 7 und die bitter-

bste Polizei! Und der blutige Hohn, unter welchem der Staat durch die Gesetzgebung die Berechtigten mit einem Schlag nicht nur berauben, sondern auch noch in die bemitleidenswerthe Lage des Klägers gegen staatliche Eigenthumsbeeinträchtigung versetzen will.

Die „Eisen-Zeitung“ weist ganz zweifelhaft darauf hin, daß dem Staat doch schon deshalb kein Recht auf das Telephonmonopol zustehe, weil er das Telephon nicht erfinden habe.

Wir erlauben uns die „Eisen-Zeitung“ darauf aufmerksam zu machen, daß Herr Fiskus sich überhaupt in solcher Beziehung das Leben ungeheuer leicht zu machen pflegt und niemals etwas erfunden hat, nicht einmal das Pulver. Die „Eisen-Zeitung“ malt sich die Zukunft grau in grau.

„Ist der Staat“, fragt sie, „soweit gekommen, daß er alle Erfindungen von größerer Bedeutung nachträglich mit Beschlag belegt und obendrein seine Bürger durch die Polizei vergewaltigen und mit kostspieligen Prozessen bestrafen darf, wenn sich jene der neuen Erfindungen ebenfalls bedienen, um den immer brüderlicher werdenden Staats- und Steuerlasten besser gerecht werden zu können!“

So lange der Staat immer auf ihrer Seite stand, und sie in der Ausbeutung des Arbeitervolkes nicht störte, war er der Rechtsstaat, an dem die Herren Fabrikanten rein gar nichts Wesentliches auszu setzen fanden. Jetzt, da er — in der That hauptsächlich zu fiskalischen Zwecken — den Privatbetriebe in's Handwerk pfuscht, und die Staatsbetriebe, sowie die staatlichen Verkehrsvermittlungsanstalten in ihr Reich hinein erweitert, da ist's mit der Liebe sofort zu Ende — da schreien sie Fetermordio, „Gewalt geht vor Recht“, so nämlich lautet der Titel des von uns zitierten Artikels der „Eisen-Zeitung“ vom 29. Januar d. J., und der Schluß desselben konstatirt, daß die schwerwiegenden Nachteile für das öffentliche Wohl eine Mähr seien, welche den Zweck habe, „mit Keulenschlägen“ den Rechtsgeboten todt zu schlagen.

Wenn nun auch diesesmal noch das kapitalistische Jammergeschrei den drohenden Schlag von dem Haupte des Kapitalismus abwenden sollte, so ist doch kein Zweifel, daß in gar nicht langer Zeit auf dem Wege der Beschränkung und Verdrängung des Privatkapitals aus den Gebieten der Verkehrsvermittlung, der Industrie und des Ackerbaues weiter fortgeschritten werden wird.

Die Arbeiter haben das bringende Interesse daran, diesem Entwicklungsgange mit gespanntester Aufmerksamkeit zu folgen und sich materiell und intellektuell so rasch und so sehr wie möglich in die Lage zu versetzen, an die Stelle des um sich greifenden sogenannten Staatssozialismus den wahren und einzigen Sozialismus, den der echten Demokratie zu legen.

Die Geschichte eines Kartells.

Die „Industrie“ bringt in einem Artikel sehr lehrreiche Notizen über die Entwicklung des internationalen Schienenkartells, natürlich vom Unternehmerstandpunkt aus. „Nachdem das deutsche Eisengewerbe durch die Eisenzölle am Ende der siebziger Jahre neu belebt worden war, und sowohl die Schienenherzeugung als die Schienenausfuhr Deutschlands eine beträchtliche Steigerung erfahren hatten, bildete sich ein an Heftigkeit stets zunehmender Wettbewerb zwischen den britischen, belgischen und deutschen Werken aus, welcher nicht allein auf fremden Märkten, sondern namentlich auch auf deutschem Boden ausgefochten wurde. Da gleichzeitig der Eisenbahnbau in vielen Ländern eingeschränkt wurde, so zeigte sich als Folge eine beträchtliche Abnahme der Schienenherzeugung und der

Ausfuhr und gleichzeitig ein so niedriger Stand der Schienenpreise wie nie zuvor. Das war der Zeitpunkt, wo die Walzwerke der genannten Länder (Deutschland, Großbritannien und Belgien) sich zu einer Verständigung entschlossen, es entstand das internationale Schienenkartell. Es war dies im Jahre 1884. In der Zwischenzeit hatten sich Schienenherzeugung und Ausfuhr Deutschlands wie folgt entwickelt:

	Erzeugung	Ausfuhr
1881	559,686 Tonnen	250,709 Tonnen
1882	568,950	186,054
1883	498,411	176,178
1884	410,157	144,464

Diese Zahlen lassen erkennen, mit wie großer Erbitterung der Kampf geführt wurde, und gleichzeitig, wie schwierig eine Verständigung zwischen den ungleichen Gegnern war. Dieselbe kam indessen zu Stande und zwar in der Weise, daß die Ausfuhrziffern dieser Länder in den drei vorhergehenden Jahren berechnet und hiernach der Antheil derselben an der Verfertigung des Auslandes festgestellt wurde. Es erhielt dabei England einen Antheil von 66 Proz., Deutschland von 27 Proz. und Belgien von 7 Proz. Diese Vertheilungsziffern wurden später dahin abgeändert, daß Deutschland 28—29 Proz. und Belgien 7,4 Proz. erhalten sollten. Hierauf wurde die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Werkes berechnet und in entsprechenden Verhältniszahlen ausgedrückt. Darnach wurden einlaufende Aufträge vertheilt. In England und zum Theil auch in Deutschland und Belgien bestand noch außerdem eine besondere Vereinbarung, wonach in Fällen, in welchen mehr als M. 102,50 für die Tonne zu erzielen waren, jedes Werk berechtigt war, sich um die Lieferung selbständig zu bewerben. Der Ertrag wurde jedoch für gemeinschaftliche Rechnung der Vereinigung gebucht und zur Vertheilung gebracht. Dem Käufer war es anheimgestellt, sich für deutsche, belgische oder englische Schienen zu entscheiden. Der Verkaufspreis wurde von dem Kartell festgesetzt. In Fällen, wo ein Werk unter dem Kartellpreis berechnete, wurde der Minderbetrag aus gemeinschaftlichen Mitteln ausgeglichen. In Belgien gehörten der Vereinigung sämtliche Stahlschienenwerke an, in England blieben ein Werk, in Deutschland zwei Werke derselben fern.

Die Gebrechen des Schienenkartells lagen offen zu Tage. Zunächst war es eine große Schwäche desselben, daß nicht nur in Deutschland und England einzelne Werke nicht beigetreten sind, sondern auch der französische und österreichische Wettbewerb außerhalb der Vereinbarung blieb. Die außerhalb des Kartells stehenden Werke bereiteten dem Einhalten der Kartellpreise große Schwierigkeiten. Dann aber befriedigte der Antheil der drei Länder an der Verfertigung des Auslandes mit Schienen keineswegs. Es entstanden sehr bald Meinungsverschiedenheiten; während die belgischen und deutschen Werke ihren Antheil für zu niedrig hielten, versuchte England denselben noch weiter herunterzubrüden. Bei einer Schienenlieferung für die Kolonie Victoria zeigten sich bereits tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen und englischen Werken und die halb darauf folgende Erklärung, auf einer Ermäßigung des deutschen Antheils bestehen zu müssen, führte im April 1886 zu der Auflösung der internationalen Vereinbarung.

Dieselbe hat immerhin lange genug Bestand gehabt, um den Theilnehmern die Ueberzeugung beizubringen, daß nur auf dem Wege der Vereinbarung Lohnende Preise zu erzielen sind. Der kartelllose Zustand schien zwar genau

das Gegentheil dieser Auffassung zu bewahrheiten; denn er wurde mit einem rücksichtslosen Kampfe eröffnet, in welchem die Engländer und Belgier sich durch das Uebermaß der Rücksichtslosigkeit auszeichneten. Die Preise sind denn auch sowohl für den Weltmarkt als für das Inland in einer Weise zurückgegangen, die auf die Dauer unhaltbar war. Der Zweck des Kampfes war aber leicht zu erkennen. Belgien und England stürzten sich in denselben mit vereinter Kraft in der Absicht, von Deutschland bei dem Abschluß einer neuen Vereinbarung möglichst vorthellhafte Bedingungen zu erhalten; denn Jedermann war davon überzeugt, daß das Ende des Kampfes eine neue, sorgfältiger vorbereitete Vereinbarung bilden werde. Und dieser Kampf gegen die deutschen Werke wurde nicht allein auf dem ausländischen Absatzgebiet geführt, sondern bis auf deutschen Boden fortgesetzt. In welchem Umfange dieser Widerstreit auf die deutsche Schienenherzeugung gewirkt hat, das zeigen deutlich genug die folgenden Angaben. Es betrug nach der deutschen Reichsstatistik die deutsche Ausfuhr von Eisenbahnschienen:

1885	164,799 Tonnen
1886	163,222
1887	174,226
1888	114,946
1889	110,949

An diesen Ziffern ist bemerkenswerth, daß zunächst die Ausfuhr, welche im Jahre 1884 ihren tiefsten Stand erreicht hatte, bis 1887 steigt. Die Preise des internationalen Kartells waren sehr mäßige und haben offenbar die Eisenbahnverwaltungen zum Bau neuer Linien angeregt. Nach Auflösung des Kartells fiel der Weltmarktpreis der Schienen, welcher 1880 noch 130 M. per Tonne betragen hatte, auf 90 M. in 1887. Dieser Preis war nun in hohem Grade verlustbringend und es war deshalb dem nothleidenden deutschen Eisengewerbe willkommen, als in dieser Zeit auch die deutschen Eisenbahnverwaltungen sich entschlossen, für den Eisenbahnbau größere Beträge als bisher zu bestimmen. Der vermehrte Absatz im Inlande hatte zur natürlichen Folge, daß die Walzwerke, die nur mit großem Schaden aufrecht zu haltende Ausfuhr einschränkten und sich mehr der Versorgung des Inlandsbedarfs zuwandten. Die Ausfuhr ging in Folge dessen stark zurück, während wegen des vermehrten Inlandsbedarfs die Schienenherzeugung Fortschritte machte. Im Gegensatz dazu hat die britische Ausfuhr bedeutend zugenommen.

Es erhellt auf den ersten Blick, daß die britischen Walzwerke ihre Stellung auf dem Weltmarkte ganz erheblich verbessert haben, und daß sie sich auf den Fall neuer Unterhandlungen über ein internationales Schienenkartell gut vorbereitet haben. Die Stellung der deutschen Werke dagegen ist geschwächt, und sie sind in der That immer mehr auf das einheimische Absatzgebiet angewiesen.

Aus diesen Ausführungen, bemerkt die „Volkst.“, geht die neue Organisation der Produktion, wie sie durch die Kartelle geschaffen wird, klar hervor. Nachdem einmal die Zahl der Produzenten so vermindert ist, daß eine Einigung möglich wird, gibt man das heilige Gesetz von Angebot und Nachfrage, und die alles ausgleichende Konkurrenz auf und einigt sich, indem man die Produktion unter sich theilt. Und selbst, ohne daß sie wollen, werden die Unternehmer zu dieser neuen Organisation getrieben; das Kartell wird zwar durch allerlei Eifersüchteleien gesprengt; aber sofort wird ihnen auch klar, daß eine neue Vereinigung nöthig sein wird.

So wächst die bürgerliche Gesellschaft ganz von selbst in die sozialistische hinein; denn jetzt ist ja nur noch ein Schritt

nöthig: man erklärt einfach die Aktien der Werke für werthlos und nimmt die Werke als Gesellschafts-Eigenthum an.

Verstaatlichung des Apothekenwesens.

Mit dem Antrage auf Verstaatlichung des Apothekenwesens hat die sozialdemokratische Reichstags-Fraktion abermals eine Frage in Fluß gebracht, die seit dreißig Jahren schon in verschiedenen Landtagen angeregt worden, stets aber bei einem bloßen Anlauf verblieben ist. Hauptsächlich aus dem Grunde, weil ein Hauptinteressent, das Publikum, zu einer entschiedenen Stellungnahme nicht kam, und hierdurch den maßgebenden Behörden es leicht wurde, im Prinzip zwar anzuerkennen, daß eine bessere Regelung des Apothekenwesens allerdings erwünscht sei, ohne indeß diesem Anerkenntniß eine bestimmte Entscheidung folgen zu lassen.

Der Gedanke der Apothekenverstaatlichung, so schreibt die „Frankf. Zig.“, wurde unseres Wissens ganz bezeichnender Weise zum ersten Mal im Jahre 1848 in der Schrift eines sächsischen Apothekers ausgesprochen und seitdem außer von den Sozialisten mit unermüdlicher Energie von dem bekannten Apotheker Kempf in fortwährenden Petitionen an das preussische Abgeordnetenhaus wie an den Reichstag vertreten. Kempf will die vorhandenen Apotheken mit Staatspapieren abfinden und berechnet für Preußen den jährlichen Betriebsüberschuß ziemlich gering mit einer halben Million Mark bei bedeutend niedrigeren Medizinalpreisen, als wir sie heute haben. Es läßt sich nicht leugnen, daß das jetzt bestehende, aus einer früheren Gewerbeverfassung erhaltene Privilegien- und Konzessionswesen vielfach zu einer Art Monopolwirtschaft einzelner Apotheken, zu dem bekannten Apothekenhandel mit kolossalen Gewinnen, zu einer außerordentlich ungleichen und mit der Zunahme der Bevölkerung nicht Schritt haltenden Vertheilung der Apotheken über das Land, sowie zur Unmöglichkeit für die meisten Apothekergehilfen geführt hat, jemals selbständig zu werden. Trogdem diese Mißstände eigentlich von Niemand geleugnet werden, und seiner Zeit auch vom Kultusminister Gopler zugegeben wurden, gehen die Meinungen der Interessenten über eine Reform doch Himmelsweit auseinander. Die Kompetenz des Reiches zur Regelung der Frage scheint von Niemand bestritten zu werden, denn man bestreite die verbündeten Regierungen seit Bestehen des Norddeutschen Bundes beinahe alljährlich mit Regelungsanträgen, die im Bundesrath eingehend debattirt wurden. Zu Anfang der siebziger Jahre, unter Deibrück, schien die maßgebende Richtung für gänzliche Freigabe des Apothekergewerbes zu sein, und die Petitionskommission des Reichstages befürwortete diese Freigabe in den Jahren 1872 und 1873 sehr nachdrücklich.

Durch die Entwicklung der staatlichen Arbeiterversicherung ist inzwischen diese Frage ein gutes Stück akuter geworden, wie die Gesuche großer Kassen, eigene Apotheken errichten zu dürfen, beweisen. Dabei taucht gleichzeitig eine zweite Frage auf, ob nämlich die Verstaatlichung in der Weise stattfinden solle, daß das gesammte Apothekenwesen zu einem direkten zentralistischen Staatsbetriebe durch das Reich umgeformt wird, oder ob es vorzuziehen sei, eine Uebernahme der Apotheken in die Gemeinde- oder Kreisverwaltung vorausgehen zu lassen. Letzteres erscheint um so einfacher, als Gemeinde und Kreise bereits große Krankenhäuser mit dazu gehörigen Apotheken verwalten. Als eine Autorität, welche diesen Standpunkt vertritt, kann Professor Virchow angeführt werden. In der Reichstags-Sitzung vom 23. Mai 1873 verlas näm-

lich der Abg. Winter ein Schreiben des genannten Gelehrten, in welchem es u. A. nach einer gegen die Freigebung des Apothekergewerbes gerichteten Äußerung heißt: „Gute Apotheken sind nur möglich, wenn ihre Zahl eine beschränkte ist, und es handelt sich daher nur darum, das Maß der Beschränkung zu finden. Meiner Ansicht nach würde sich dies am sichersten von selbst finden, wenn die Apotheken Kommunaleinrichtungen würden. Ihre Güte würde am meisten gesichert sein, wenn eine städtische wie ländliche Gemeinde oder ein Komplex von Gemeinden sich eine Apotheke einrichtete und für die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen bürgte.“ Das ist jedenfalls ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur objektiven Beurteilung der tief einschneidenden Frage. Daß die jetzigen Zustände nicht dauernd haltbar sind, darüber scheinen alle Kenner einig zu sein. So meint der sachkundige Bearbeiter des betreffenden Artikels in dem neuen, wegen seiner Scharfsicht rühmlichst bekannten „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ (Jena, G. Fischer), daß es kaum einen zweiten Verwaltungszweig geben dürfte, in welchem die ursprünglichen Verwaltungsgrundsätze dem Geist der Jahrhunderte so siegreich widerstanden hätten, wie das deutsche Apothekenwesen. Seine Verfassung sei heute noch fast ganz unverändert diejenige, welche das — Mittelalter festgestellt habe. Die Spitze in dieser sachlichen Äußerung ist unverkennbar, und man muß sich eben nur wundern, daß das meistbetheiligte Publikum noch so wenig zur Sache Stellung genommen hat.

Im gegenwärtigen Augenblick scheint unter allen Reformvorschlägen derjenige der Verstaatlichung die meisten Anhänger zu besitzen. So schreibt man einem Blatte in Mainz aus Kreisen der Bürgerschaft anlässlich eines Spezialfall:

„Für alle Volksfreunde und auch für viele Apotheker selbst liegt die Apothekenfrage seit Jahren schon sehr klar da. Entweder Verstaatlichung oder Verstärkung. Das Apothekenwesen, wie es heute in Deutschland vorhanden, ist ein Übel geworden, das mit seinen hohen Preisen das trankte Volk bedrückt, wie keine zweite öffentliche Einrichtung. Zahlreiche Krankenkassen sind schon längst darum eingekommen, Apotheken errichten zu dürfen. Bei der Bekanntgabe der Koch'schen Synthese könnte es ordentlich wie ein Freudenruf durch die Lande, daß die Herstellung und auch der Vertrieb durch den Staat geschehen sollte. Kurz und gut, alle Welt empfindet den Druck des Apothekenwesens und wünscht eine Reform. Die Stadt Mainz hätte nun wahrlich die schönste Gelegenheit, hier mit gutem Beispiele voran zu gehen. Wenn die Stadt die Konzession erhalten hat, dann sollte auch die Stadt dieselbe voll und ganz ausnützen. Geprüfte Apothekergehilfen sind nur zu viele vorhanden, so daß die Stadt wegen der technischen Leitung dieses Betriebes nicht in Verlegenheit käme. Die anderen Apotheken brauchen vor der Hand durch die Konkurrenz keinen Schaden zu erleiden, wenn die städtische Apotheke mit demselben Nutzen arbeitete wie die anderen. Das Beste bleibt selbstredend eine Frage, die noch zu ventilieren wäre . . . Wenn die Stadt also für ihre Bürger etwas sehr Dankenswertes schaffen will, so nehme sie den Betrieb der Apotheke selbst in die Hand. Alle wohlthätigen gemeinnützlichen Einrichtungen sind in den Händen der städtischen Verwaltung, auch die Apotheke gehört in dieselbe.“

Und gleichzeitig liest man in Breslau Lauer Blättern:

„Der Antrag des Grundbesitzervereins, daß der Magistrat die neu zu verleienden Apothekenkonzessionen erwerben und weiter vergeben solle, ist zwar vom Magistrat abgelehnt worden, dagegen wurde zur Sprache gebracht, daß das Verhalten vieler hiesiger Apotheken der städtischen Verwaltung gegenüber zu berechtigten Klagen Veranlassung gebe, wenn man dasselbe mit dem Verhalten der bei Weitem meisten Apotheken in den größeren und kleineren Städten Deutschlands vergleicht. Für die städtische Krankenpflege, soweit bei derselben die Apotheken betheiligt sind, wurden von diesen bisher kaum nennenswerthe Konzessionen gemacht, seit dem 1. Januar d. J. überhaupt keine mehr. In anderen Städten geben die Apotheker bis zu

25 Proz. Rabatt. Es ist daher zunächst der Armendirektion anzuempfehlen worden, sich von der Anfertigung von Medicinen in den Apotheken bereinigt ganz zu emancipieren und in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften der Errichtung eigener Stadtapotheken näher zu treten.“

Die städtische Praxis scheint also der langsame reichsgesetzlichen Regelung voraus zu eilen. Es ist dies ein weiterer Beweis für das Zeitgemäße der Einbringung des sozialdemokratischen Antrags, und die bevorstehenden Debatten im Reichstage werden zeigen, ob die öffentliche Meinung jetzt geklärt an die Lösung der Frage herantritt, als dies bisher der Fall war.

Die Sozialdemokratie bewährt sich hier abermals als die Macht, welche allem Bösen, aller Unentschiedenheit der maßgebenden Kreise ein Ende macht. Ohne die Sozialdemokratie wäre es natürlich eingestandenemassen reine Sozialreform, und, wie wir hoffen bald hinzufügen zu können, auch keine Neuordnung des Apothekenwesens.

Aus der Schweiz.

Das Bundeskomité des schweizerischen Gewerkschaftsbundes hatte auf den 24. und 25. Januar eine Delegiertenversammlung nach Zürich einberufen. Dasselbst waren 25 Zentralverbände und Lokal-Organisationen und 80 Einzelvereine mit zusammen 37,574 Mitgliedern durch 173 Delegierte (worunter 2 Arbeiterinnen) vertreten. Bezirksanwalt Lang präsierte. Die Konferenz behandelte zunächst die Reorganisation des Gewerkschaftsbundes und stellte neue Statuten für denselben fest. Wir kommen später darauf zu sprechen. Allgemeineres Interesse bot die Behandlung der Frage, welche Stellung zu den Forderungen der Maschinen-Industriellen, betreffend Fabrikgesetze, einzunehmen sei. Herr Füllsprech Scherrer von St. Gallen hielt hierüber ein glänzendes Referat. Die lebhafteste Diskussion schloß mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution:

„Die heutige Konferenz der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter-Verbände und Vereine erklärt: 1) Die Annahme der Anträge der Maschinen-Industriellen, betreffend die Roth- und Hilfsarbeiten, bedeutet in ihrer Wirkung die Aufhebung des Normalarbeitstages; 2) sie legt daher entschiedene und feierliche Verwahrung ein gegen das Bestreben, das Fabrikgesetz in seiner Grundlage, dem Normalarbeitstag, umzustößen in dem Augenblick, da alle Verhältnisse auf eine Erweiterung und Verschärfung des Fabrikgesetzes hindrängen; 3) sie erwartet, daß die nach Bern einberufenen Arbeiter sich wohl bewußt bleiben, daß es sich bei den Verhandlungen mit dem eidgenössischen Industrie-departement um die Interessen der gesamten Arbeiterschaft der Schweiz und um eine der wichtigsten Errungenschaften der Kultur handelt; 4) sie schließt sich voll und ganz den Beschlüssen des Arbeitertages in Olten, betreffend Reform des Fabrikgesetzes, an.“

Ueber den Schutz des Vereinsrechts referierte Bezirksanwalt Lang klar und gut. Eine von ihm beantragte Resolution fordert, daß Attentate auf dieses Recht unter das Strafgesetz gestellt, gesetzlich anerkannte Berufsverbände geschaffen und das Recht auf Arbeit in der Verfassung gewährleistet werde. Die Resolution wurde angenommen. Ferner wurde beschlossen, auf den 1. Mai d. J. eine Massenpetition für die Beinhaltung der Arbeit und Erweiterung des Fabrikgesetzes zu inszenieren. Angriffsfreie sollen, erklärt eine weitere Resolution, künftig vermieden werden. Die Konferenz war von einem entschiedenen Geist getragen und gab Zeugnis von dem kräftigen Aufschwung, den die gewerkschaftliche Bewegung in der Schweiz angenommen.

Wir fügen noch bei, daß an der Versammlung auch das Zentralkomité des Grütlibvereins und eine Anzahl Grütlibsektionen vertreten waren.

Die Feilenhanerei in Westfalen.

Die Lage der Feilenhaner kann nirgends trauriger sein als hier; nicht allein die Lohnverhältnisse sind die möglichst schlechtesten, auch in gesundheitlicher Beziehung herrschen unerträglich Zustände. Die Löhne sind in der Provinz so ziemlich überall 20—30 Proz. niedriger als in Aemscheid, gegen die größeren Städte des Nordens ist der Unterschied ein noch viel größerer. Hagen in Westf. macht eine geringe Ausnahme. Ueberall sonst herrscht die möglichst längste Arbeitszeit, so daß die meisten Arbeiter durch den Aufenthalt in den ungesunden Arbeitsräumen halb irgend einer Krankheit erliegen. Mag man nur eine Untersuchung anstellen, so wird der statistische Bericht, welchen die „Metallarb.-Zeitung“ im letzten Quartal des 5. Jahrgangs brachte, nach welchem die Feilenhaner zu 92,8 Proz. allen möglichen auf den Beruf zurückzuführenden Brustkrankheiten erliegen, auch für hier zutreffend sein. Eine solche Untersuchung würde ergeben, daß nicht allein der Beruf, so ungesund er sonst sein mag, die Ursache dieser Krankheiten ist, sondern sie würde auch ergeben, daß die Arbeitsräume vielfach wahre Bruststätten aller möglichen Krankheiten sind.

Und wie stellen sich die Feilenhaner diesen Zuständen gegenüber? Würde man fragen, wenn nicht zu gut bekannt wäre, daß der Indifferentismus im Feilenhaner-Gewerbe, besonders in Westfalen, noch sehr zu Hause ist. So sind in Hagen und Umgegend 150—200 Feilenhaner, dagegen zählt der Verein dort höchstens 40 Mitglieder. In Bielefeld, wo schon früher ein Verein bestand, sollen sich die Feilenhaner wieder als Verein konstituiert haben; man sieht und hört jedoch nichts in der Metallarbeiterzeitung. (Doch! Red.) Hoffentlich ist die Konstituierung wahr, denn dort sollen auch sehr erbärmliche Löhne gezahlt werden. In Bochum ist eine große Feilenfabrik, in Witten sind drei, in Barop, Dortmund, — überall sind eine große Zahl Feilenhaner, — aber Alles, was man von dort zu hören bekommt, ist: „Wir dürfen nicht, wir würden die Arbeit verlieren.“ — Und so ist es fast in ganz Westfalen. Hier machen die Feilenhaner selbst der Maschine noch Konkurrenz! —

In Anwendung der Maschine ist man auch schon in unserem Gewerbe vorgeschritten, denn eine geschliffene Feile, auf der Maschine gehauen, mit Sandstrahlgebläse ausgeblasen, ist ganz entschleden besser, als die roh vom Schmiedeamboss weg gehauenen, da dieselben stets voll Löcher und Beulen sind. Diese letzteren Feilen, „Pachfeilen“ genannt, durch ihre Billigkeit überall bekannt, werden im Westfälischen Sauerland in den Kreisen Hagen, Schwelm, Herlohn und Mena hergestellt. Da arbeitet man von Früh 5 Uhr bis 8, 9, ja 10 Uhr Abends.

Nach all diesem wird es Niemand wundern, daß unter solchen Zuständen dem Indifferentismus schwer beizukommen ist. Da ist es nun nötig, den Feind (den wir am tiefsten hassen) zuerst da zu verwunden, wo er am stärksten ist; man muß Waffen, das heißt Mittel und Wege zu finden suchen, dies zu thun. Die Hauptwaffe ist Organisation; ist diese geschaffen, so muß weitere Aufklärung Jedem geboten werden. Als erstes weiteres Mittel einem Jeden die „Metallarbeiter-Zeitung“! Haben die Mitglieder diese eine Zeit gelesen, so werden sie schon Appetit und auch schließlich Heißhunger nach Wissen bekommen.

Aber dieses ist alles leichter gesagt als gethan; ein so großer Bezirk ist nicht so

leicht zu organisieren, der Einzelne ist da gar nicht, hier hilft nur ein allgemeines und einheitliches Vorgehen. Um aber ein solches Vorgehen zu ermöglichen, so sei an dieser Stelle der Vorschlag gemacht, einen Kongress der westfälischen Feilenhaner stattfinden zu lassen, auf welchem die Frage auf die Tages-Ordnung gestellt wird: „Wie schaffen wir eine Organisation?“

Es werden alle Kollegen, welche von diesem Vorschlag Kenntnis erlangen, gebeten, ihre Ansichten auszusprechen und zu demselben Stellung zu nehmen, eventuell den gewünschten Kongress einzuberufen. Geschieht das letztere nicht von anderer Seite, so wird Schreiber dieses in einigen Wochen mit einigen Freunden ereint die Initiative ergreifen.

Mit kollegialischem Gruß!

Ein Feilenhaner
im Westfälischen Sauerland.

Parteigenossen!

In Ausführung des auf dem Parteitage zu Halle a. S. gefassten Beschlusses, und in Rücksicht auf die Nothwendigkeit, die im Jahre 1889 vom internationalen Arbeiter-Kongress zu Paris beschlossene Kundgebung zu Gunsten des Achttundertages zu einer einheitlichen und wirksamen zu gestalten, hat die unterzeichnete Fraktion nach eingehender Erörterung mit allen gegen eine Stimme beschlossen:

Den deutschen Arbeitern zu empfehlen, die Maifeier am ersten Sonntag im Mai zu begehen, und weiter dahin zu wirken, daß auch für die Zukunft der gleiche Tag festgehalten wird.

Als Hauptgrund für diese Entscheidung fiel ins Gewicht, daß ein Tag zu wählen sei, welcher der gesamten Arbeiterklasse die Betheiligung an der Kundgebung ermöglicht.

Hierzu erscheint nur der Sonntag geeignet. Jeder andere Tag der Woche macht es einer sehr großen Zahl von Arbeitern unmöglich, an der Feier Theil zu nehmen. Einmal ist vielen Arbeitern das Feiern an einem Werktag besonders zu einer Zeit unmöglich, wo die bürgerlichen Feiertage sich häufen.

Sodann hält auch die Erwägung von Konflikten mit der Unternehmerschaft viele Arbeiter von der Betheiligung ab. Hierzu kommen noch als besondere „Hinderungsgründe“ für das laufende Jahr die außergewöhnlich lang andauernde Arbeitslosigkeit während der verfloffenen harten Wintermonate und die zunehmende wirtschaftliche Krise, welche an sich schon Zehntausende von Arbeitern auf das Pflaster wirft und die gesammte Arbeiterschaft in noch höherem Grade als sonst der Willkür der Unternehmer preisgibt.

Parteigenossen! Dies sind die Erwägungen, die uns bestimmt haben, den Arbeitern Deutschlands den ersten Sonntag im Mai für die Achttunderkundgebung vorzuschlagen. Wir sind überzeugt, daß Ihr diesem Vorschlage mit Einmüthigkeit beitreten werdet.

Es handelt sich nun darum, unverzüglich alle Vorbereitungen für die Feier zu treffen, welche insbesondere in Massenausflügen, Massenumzügen und Massenversammlungen zu bestehen haben wird.

Eure Aufgabe ist es, durch zweckentsprechende Organisationen dafür zu sorgen, daß die Kundgebung in imposanter, würdiger und ruhiger Weise verläuft.

Parteigenossen! Angesichts der Partinädigkeit, mit der die Regierungen und die herrschenden Klassen sich weigern, in eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit für alle Arbeiter, im Interesse ihres körperlichen und geistigen Wohlbefindens, zu willigen; angesichts der Thatsache, daß das kapitalistische Produktionssystem uns eben wieder einer Krise von unabsehbarer Dauer entgegenführt, in welcher das

Ueberangebot von „Händen“ und die Bohndrucker in Permianen gelangen, wo also eine Verkürzung und gezielte Festlegung des Arbeitstages das einzige Mittel ist, um den schlimmsten Wirkungen dieses Zustandes einigermaßen zu begegnen: erscheint es als eine ganz besondere Pflicht, alles aufzubieten, um die Mitarbeiter zu einer wahrhaft großartigen Kundgebung zu gestalten.

Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Berlin, den 4. Februar 1891.

Die sozialdemokratische Fraktion des heutigen Reichstages:

- Amer. Debel. Dirk. Bloß. Bod. Bruhns. Diez. Dreesbach. Förster. Frohne. Geier. Grillenberger. Harm. Heine. Hidel. Joest. Kunert. Liebkecht. Meister. Wegger. Mollenbuhr. Schippel. A. Schmidt. W. Schmidt. Schulze. Schumacher. Schwarz. Seifert. Singer. Stadthagen. Stolle. Tugauer. Ulrich. Vollmar. Wurm.

Aufruf

an die Arbeiter der königlichen Eisenbahn Werkstätten Deutschlands!

Kollegen! Wie Euch allgemein bekannt ist, tagte Anfangs 1890 zu Magdeburg ein Kongress sämtlicher in Eisenbahn-Werkstätten beschäftigten Arbeiter, der jedoch durch den Druck der jetzt herrschenden Verhältnisse zu keinem befriedigenden Resultate gekommen ist. Um, wie auf dem Kongress beschlossen wurde, eine Denkschrift anzuarbeiten, wurden die Berliner Delegierten beauftragt, in Berlin eine öffentliche Versammlung einzuberufen und zu diesem Zwecke einen Ausschuß von drei Mann zu wählen, was auch seiner Zeit geschehen ist. Um diesen Ausschuß nun ausführen zu können, ersucht unterzeichneter Ausschuß die Kollegen allerorts, speziell die auf dem Kongress vertretenen Kollegen, uns Material hierfür zukommen zu lassen, damit wir ein richtiges Bild unserer Lage schaffen können. Darum, Eisenbahnarbeiter Deutschlands, sendet uns über die Verhältnisse Eurer Werkstätten wahrheitsgemäßes Material. Es braucht Niemand um seine Existenz zu fürchten, da kein Name genannt werden wird; wir sind der festen Ueberzeugung, daß in jeder Werkstatt Kollegen sind, die uns in unserem Vorhaben unterstützen können. Folgende Fragen möchten wir hauptsächlich beantwortet haben: 1) Wie viel Arbeiter beschäftigt die betreffende Werkstatt? 2) Welches ist der höchste, resp. niedrigste Lohn, a) für den Handwerker, b) für den Hilfsarbeiter? 3) Wird in Kolonnen gearbeitet und wie oft sind dieselben? 4) Wird Sonntags gearbeitet? 5) Werden Ueberstunden gemacht? 6) Wird der Lohn monatlich oder halbmonatlich ausbezahlt? 7) Wie steht der Lohn zu der Lebensweise in den Orten, in denen die Arbeiter wohnen? Kollegen, nur auf diese Art und Weise sind wir im Stande, eine richtige Denkschrift zu bringen. Danke niemand, es wird doch nicht besser, sondern helfet an dem Werk, das uns zwar bis jetzt durch den Indifferentismus illusorisch gemacht worden ist, damit wir zu den Pflichten, die wir dem Staat als Staatsbürger schulden, auch Rechte haben, die der Staat uns gewähren muß. Bis jetzt liegt noch Vieles in den Werkstätten im Argen. Kollegen, heißt uns, damit auch wir sagen können: Sehet, Arbeiter aller zwölfstündigen Länder, das sind Arbeiterwerkstätten, die nur durch die Eingeleit der Arbeiter zu solchen geschaffen sind.

Mit kollegialstem Gruß

Der Ausschuss.

S. A.: Jakob Lebitz, Sachverh., Joachimstr. 110, Part.

Alle Einsendungen sind an Unterzeichneten zu richten. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Korrespondenzen.

Formen.

Bielefeld. Der Streik der Formen bei Heyland Augade dauert unverändert fort. Jagung fern halten.

Augsburg. Am 1. Februar hielt der Formerverein seine jährliche Generalversammlung unter zahlreicher Beteiligung ab. Der Vorstand Weber gab in trefflichen Worten einen Rückblick auf das Jahr 1890. Der Kassierbericht ergab eine Gesamtsumme von 14 998,75, eine Ge-

samtsumme von 16 1209,02, somit Mehrausgaben 16 300,27. Es wurden außer den sonstigen Vereinsausgaben allein 458 M in Kranken- und Sterbefällen und 340 M an Reiseunterstützung ausbezahlt, was allein als eine schöne und nützliche Leistung bezeichnet werden kann. Es ist noch zu bemerken, daß über 400 Formen in Augsburg beschäftigt sind, wovon nur 160 dem Formerverein angehören. Wir können nur bedauern, daß die übrigen Kollegen so wenig Interesse an der Sache haben. Gewählt wurden: als 1. Vorstand G. Fäßler, als 2. Vorstand R. Scheer, als Kassier F. Kellermann, als Schriftführer F. Endemann. Alle Briefe sind an G. Fäßler, Glatzstr. 28, zu richten.

Berlin. Eine öffentliche Formen-Versammlung tagte am Sonntag, den 25. Januar, in welcher Kollege Rörten Bericht vom Provinzial-Delegiertentag erstattete. Den Beschlüssen des Provinzialtages stimmte die Versammlung durchaus zu. In einer Resolution gab die Versammlung der Ansicht Ausdruck, daß eine wirkliche Regelung des Arbeitsnachweises, des Unterstützungs- und Herbergswesens nur durch eine lokale Zentralfirma aller im Metallgewerbe beschäftigten Arbeiter möglich sei, und daß man in einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung von Formen und Berufsgenossen dahin thätig wirken würde. Zum Vertrauensmann der Berliner Formen wurde Kollege Stoback gewählt. Ein Antrag, den Antrag der Kassiersammlung dem Fachverein der Formen zu überweisen, wurde angenommen und des Weiteren die Kollegen gewarnt, nach Halle a. S. zu gehen, da sich dort unsere Kollegen im Ausstand befinden und zwar in der Fabrik von Hayland u. Co. Hierauf wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Cöln-Deutz. Der Fachverein der Formen für Cöln und Umgegend hielt am 11. Januar eine Generalversammlung ab. In derselben wurden in den Vorstand gewählt: als 1. Vorsitzender Emil Volge, Cöln, Unter Seidenmacher 12, als 2. Vorsitzender Friedrich Franz, als 1. Schriftführer Wilh. Höber, als 2. Schriftführer Theodor Schaeffer, als 1. Kassier Christian Frings, Mühlheim am Rhein, Andreasstr. 30, als 2. Kassier Heinrich Fleusmann, als Bibliothekar Karl Grob. Als Revisoren wurden gewählt: Förster, Löwendil und Neuheuser, als Zeitungs-Expedient Simon. Das Geschenk von 1 M wird vom 1. Kassier ausbezahlt und zwar nur an solche Kollegen, welche wenigstens 18 Wochen einem Formen-Fachverein angehören.

Dresden. Am 1. Februar tagte im Saale des Vereins für Volksbildung eine stark besuchte Versammlung der Formen und verwandten Berufsgenossen mit der Tagesordnung: 1) Die Presse und ihre Bedeutung für unser öffentliches Leben. Referent Herr Höppner. 2) Richtsprache und Regelung des Agitationsfonds. 3) Wie verhalten wir uns zu der Maßregelung unserer Kollegen Franz Herold und Louis Fischer. Der Referent legte in 14 stündigem Vortrage klar, daß die Presse für uns eine Macht ist, welche aber nicht immer das allgemeine Wohl vertritt, indem die bürgerliche Presse stets die Tatsachen entstellt und nur die Arbeiterpresse die volle Wahrheit bringt. Redner empfiehlt, nur Arbeiterblätter zu abonnieren und zu unterstützen. In der folgenden Debatte sprachen sich verschiedene Redner dahin aus, nur für die „Sächs. Arb.-Ztg.“ und „Met.-Arb.-Ztg.“ einzutreten und bloß dort zu verkehren, wo Arbeiterblätter ausliegen. Beim 2. Punkt wurde, nachdem der Rechenschafts-Bericht für richtig befunden, gegen 1 Stimme beschlossen, die freiwillige Steuer zum Agitationsfond von 25 M die Woche bestehen zu lassen. Beim 3. Punkt legte Kollege Herold klar, daß Herr Kühnscherf bestimmt hätte, er (Redner) solle anhören. Auf die Frage: „Warum?“ wurde ihm bedeutet, man hätte es nun satt, er (Herold) wäre der größte Bühler und Gezer in seiner Fabrik, er hege die ganzen Formen auf; zweitens hätte er eine Organisation gegründet, wie es kein zweiter fertig brächte, und dritten habe er ihn im Verdacht, diesen „Schundartikel“ (Metallarbeiter-Zeitung Nr. 3) eingeleitet zu haben. Nach verschiedenen Erwiderungen ging Herr Kühnscherf in sein Kabinett, machte die Thüre zu und ließ ihn (Herold) stehen. Die Entlassung erfolgte am 20. Januar. Nun legte unser Vertrauensmann, Herr Formner Louis Fischer, klar, daß ihm vom Meister schon dreimal angelündigt wurde, er solle sich um Arbeit kümmern, sonst müßte er ihn entlassen. Da sich nun gerade die günstige Gelegenheit bot und in Dresden überhaupt ein schlechter Geschäftsgang herrschte, so wurde ihm bei der Lohnung der Fremdzettel gleich mit ausgehändigt. Auf sein Befragen am Montag wurde ihm von Herrn Hildebrand (in Firma Rolle u. Hildebrand) mitgeteilt, daß er die Angabe eines Grundes über seine Entlassung verweigere. Bei diesem Punkt entspann sich eine lebhafte Debatte und

wurde beschlossen, die Kollegen finanziell zu unterstützen.

Selbigeier und Gürtler.

Hamburg. Der Fachverein der Selbigeier und Gürtler hielt am 4. Februar eine Mitgliederversammlung ab. Nach Verlesung des Protokolls wurde vom Vorsitzenden über die vor einiger Zeit stattgefundene Versammlung der Vorstände der Gewerkschaften Hamburgs, sowie über die daselbst angenommenen Bestimmungen, welche bereits im Hamburger Echo veröffentlicht worden sind, berichtet und beschlossen, 2 Vertreter zu wählen. Gewählt wurden D. Schulz und C. Metz. Beim 2. Punkt: „unser Fachorgan“, war von einem Mitglied der Antrag gestellt, die obligatorische Einführung der „Metallarbeiter-Zeitung“ abzuschaffen, und zwar aus dem Grunde, weil der betreffende Kolporteur, welcher ihm die Zeitung ausstellte, dieses nicht pünktlich besorgt habe, auch halte er die dem Verein daraus entstehenden Kosten als zu hoch, es müße Jeder, welcher die Zeitung lesen wolle, selber darauf abzurufen. Hiergegen sprachen sich mehrere Mitglieder aus, auch betonend, wenn Unregelmäßigkeiten vorkommen, sei es Pflicht der Mitglieder, diese zu befeitigen; es würde auch der Antrag gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt. Hierauf wurden noch einige die Unterstützung von Mitgliedern betreffende Angelegenheiten erledigt. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende noch die Anwesenheit in ihren Werkstätten immer für den Verein zu agitieren, sowie zahlreich und pünktlich in den Versammlungen zu erscheinen, um diese auch zur angelegten Zeit eröffnen zu können.

Leipzig. Der Verein der Selbigeier, Gürtler und Metallbrecher hielt am 31. Jan. seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Dieselbe war ausnahmsweise stark besucht. Punkt 1 der Tagesordnung, Aufnahme neuer Mitglieder, führte ein sehr gutes Resultat zu Tage, es ließen sich die Kollegen aufnehmen. Punkt 2, Anklage Scherl kontra Adolf, brachte eine lebhafte Debatte hervor und wurde die Anklage gegen Adolf von ihm selbst kräftig widerlegt. Aus seinen Reden konnte man entnehmen, daß er als Arbeiter einer Fabrik die Interessen der Gesellen und des Vereins immer im Auge hatte, leider hatte es wenig Erfolg, da die „Wude“ bis in den „Stumpf“ hinein verfault ist und nur ein einheitliches Vorgehen der gesamten Arbeiter eine Aenderung herbeiführen kann. Da die Ausführungen Adolfs von den Mägern nicht widerlegt wurden, so nahm man an, daß sie richtig seien und wurde die Sache deshalb niedergeschlagen. Zu Punkt 3 wurde beschlossen, Herrn Hofstadl zu einem Referat in öffentlicher Versammlung zu berufen und wurde die Besoldung des Referenten innerhalb gewisser Grenzen dem Gesamtvorstand überlassen. Ferner wurde beschlossen, die zurückenden Mitglieder an ihre Pflichten zu erinnern, widrigenfalls gegen sie nach § 4 der Vereinsstatuten vorgegangen wird und sie in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht werden. — Die Adresse des Vorsitzenden ist: Otto Weibel, Leipzig-Sellershäusern, Eisenbahnstr. 127, II, bei Zahnert, und sind alle Sendungen dahin zu richten.

Klempner.

Altona. Der Lokalverein der Klempner und verwandten Berufsgenossen von Altona-Ottensen hielt am 20. Januar seine Mitgliederversammlung ab. Dammlos wurde als 2. Vorsitzender gewählt. Betreffs der „Metallarbeiter-Zeitung“ wurde der Antrag gestellt und angenommen, den Beitrag pro Woche um 5 M zu erhöhen, und zwar vom 1. Januar ab. Ein Antrag von Kolbe, daß diejenigen Mitglieder, welche bei Sonnabend verkehren, resp. Arbeit nehmen, aus dem Verein ausgeschlossen werden, wurde nach kurzer Debatte mit 47 gegen 11 Stimmen angenommen. In das Fest-Komitee wurden Dammlos, Behrmann und Harber gewählt; als Kolporteur der „Metallarbeiter-Zeitung“ Kühle und Jochen. Es wurde beschlossen, daß die nächste Versammlung in 3 Wochen und nachdem alle 14 Tage stattfindet. Nachdem dann der Kassier die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge gestrichen sind, verlesen, machte er bekannt, daß der Verein noch 132 Mitglieder zähle.

Cammerdt. Am 24. Januar hielt der Fachverein der Flaschner und verw. Berufsgenossen seine jährliche Generalversammlung ab. Dieselbe war ziemlich gut besucht. Der junge Verein, welcher am 22. März 1890 gegründet wurde, zählt heute 50 Mitglieder. Der Kassier verlas die Abrechnung über das 4. Quart. 1890, welches mit einem Kassensaldo von 18 13,19 abschließt. Bei der Neuwahl wurde gewählt als 1. Vorsitzender A. Großmann, als 2. Vors. J. Schrade, als Kassier J. Schelle, als stellvert. Kassier R. Utenrieth, als Schriftführer E. Walter, als Beisitzer G. Fraisch, R. Entenmann und O. Bauer. Wir richten an alle dem Verein noch fernstehende Kollegen die Bitte, sich bald unserer Organisation anzuschließen, denn

wenn wir vereinigt sind, werden wir im Stande sein, in allen herantretenden Fällen erfolgreichen Widerstand zu leisten. Abge der Verein zum Wohle seiner Mitglieder blühen und gedeihen. Briefe sind zu richten an den 1. Vorsitzenden, Eberhardstraße 17, Cammerdt.

Hamburg. Öffentliche Versammlung der Klempner, Metallarbeiter, Gas- u. Wasserleitungsarbeiter Hamburgs am 20. Januar bei Titzge. Nachdem Gymer, Kühl und Bölling in das Bureau gewählt, erhielt Herr Grünwaldt zu seinem Vortrage: „Die soziale Gesetzgebung der Zeit, insbesondere das Invaliden- und Altersversicherungsgesetz“ das Wort. Nachdem Redner ausgeführt, daß es dem Arbeiter heutzutage nicht mehr möglich sei, seinen Lebensunterhalt zu verdienen, weil einestheils das Angebot von Arbeitskräften größer als die Nachfrage, andererseits aber auch den in Arbeit Stehenden in Folge dieses Ueberangebotes ein so geringer Lohn bezahlt werde, daß derselbe mit den vernünftigen Bedürfnissen eines Menschen in keinen Einklang zu bringen ist, kommt er auf die Verpflichtung der Gesellschaft zur Hebung dieser Uebelstände zu sprechen. Warum werde dem Arbeiter, der bereit ist, seine ganze Kraft für die Gesellschaft herzugeben, und dadurch doch zweifellos auch berechtigt ist, zu existieren, das Existenzminimum, das tägliche Brod, nicht einmal gegeben? Warum muß derselbe bei von Natur aus gefunden Gliedmaßen in elenden Hütten dahinstechen? Wohl fange der heutige Staat an einzusehen, daß es so nicht fortgehen könne, und daß man schließlich mit diesem Wirtschaftssystem zu Grunde gehen werde. Man bemerke mit Schrecken in den nach Bildung und Besitz maßgebenden Kreisen das erwachende Klassenbewußtsein der Arbeiter und glaube nun durch die jetzt geschaffenen sozialpolitischen Gesetze — als deren Krone das jüngst in Kraft getretene Invaliden- und Altersversicherungsgesetz bezeichnet werde — seine Schuldigkeit getan zu haben. Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung, bemerkt Redner weiter, sei jedoch nicht als föhig zur Befreiung der herrschenden Uebelstände anzusehen, sondern könne nur als eine Verkleinerung derselben bezeichnet werden. Da sei zunächst das Krankenkassengesetz geschaffen; doch wo ist der Segen? Kann der Arbeiter von den in Krankheitsfällen gegahlten Unterstützungen sich, resp. seine Familie, erhalten? Schon durch die Unkosten, welche das große Heer von Verwaltungsbeamten, die durch das Krankenkassengesetz, wie alle ähnlichen Gesetze in Stellung gekommen, und für die die soziale Frage vielleicht noch am besten dadurch gelöst sei, verursacht, werde die Wirkung des Gesetzes ganz enorm beeinträchtigt. Schnell verhalte es sich mit dem Unfallversicherungsgesetz; schon das früher geschaffene Haftpflichtgesetz sei bezüglich der Leistungen bedeutend besser als dieses. Nur habe der verunglückte Arbeiter nach letzterem Unterstützung nur so lange erhalten, wie der Unternehmer zahlungsfähig war. Auf die Gestaltung der sozialen Gesetzgebung sei das Bestehen des Haftpflichtgesetzes von sehr günstigem Einfluß gewesen. Bezüglich des Invaliden- und Altersversicherungsgesetzes bemerkt Redner, sei es das Eigentümlichste, daß dasselbe fast von Niemanden verstanden werde. Selbst der Direktor der hantelischen Versicherungsanstalt, der nationalliberale Abgeordnete Gebhardt, habe dies im Vorwort eines von ihm herausgegebenen Buches, betreffend die „Durchführung des Gesetzes“, konstatiert. Das Grundprinzip des Gesetzes sei: daß ein Drittel des Beitrages der Arbeiter, ein Drittel der Unternehmer und ein Drittel der Staat zu zahlen habe. Jedoch muß der Arbeiter, wenn er sich bei eb. trittender Invalidität die Rente sichern will, bei Arbeitslosigkeit den ganzen Beitrag, also auch das Drittel des Unternehmers und das Drittel des Staates zahlen. Es wird nämlich, abgesehen von Denjenigen, die durch die Uebergangsbestimmungen betroffen werden, von Jedem, der Rente beziehen will, verlangt, daß er im Besitze einer Karte mit 141 in den letzten drei Jahren gefausten Quittungsmarken ist. Redner zeigt dann an einigen — auf einem als Tafel benutzten Tisch — ausgeführten Rechen-Exemplen, wie gering sowohl die Alters- als auch die Invalidenrente befallen, und durch welche einen schwerfälligen Apparat die Feststellung derselben bemerksüchtig werde. Zum Bezug der Invalidenrente sei eine Wartezeit von 5 Jahren nötig; ein Arbeiter, der 45 Jahre in den höchsten Lohnklassen gesteuert, erhalte schließlich ungefahr 7 M pro Woche, und auch dies werde nur bezahlt, wenn die betreffende Person weniger verdient, wie ein Geschel des Betrages der Lohnklasse und ein Geschel des ortsüblichen Tagelohnes zusammen ausmachen. Zum sofortigen Bezug der Altersrente seien nach den Uebergangsbestimmungen ca. 120—130 tausend Personen berechtigt. Nach der Statistik von 1885 wurden 29/10 Proz. der Bevölkerung über 70 Jahre alt. Dabei seien aber Aerzte, Geistliche, Rentiers u.

mitgerechnet, so daß man annehmen kann, von hundert Personen werden höchstens zwei zum Bezug der Altersrente berechtigt sein. Wie lange werde oder wohl ein Arbeiter noch leben und Reichrentner sein, wenn er bis zum 70. Lebensjahre um's tägliche Brod gekämpft? Nach dem Bericht der Barmer Handelskammer würden bei 15,000 im Bezirk beschäftigten Industrie-Arbeitern nur 45 das 70. Lebensjahr überschreiten. Nachdem Medner dann noch den Wahlmodus, sowie die Instanzen bei Feststellung der Rente und deren Höhe, sowie mehrere andere Punkte des Gesetzes eingehend erörtert, deutet er zum Schluß in begeisterten Worten auf das Recht und die Pflicht eines Jeden hin, mitzuwirken an den Bestrebungen zur Aufdeckung und Beseitigung der herrschenden Uebelstände. Dieser Vorschlag wurde dem Referenten für seinen interessanten, mit größter Aufmerksamkeit entgegengenommenen Vortrag zu Theil. Folgende vom Kollegen Göhl eingereichte Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten betr. des Alters- und Invalidengesetzes voll und ganz einverstanden und erwartet von den Arbeitervertretern im Reichstage, daß sie den berechtigten, durch das erwähnte Gesetz jedoch durchaus nicht befriedigten Wünschen der Arbeiter Ausdruck geben.“ Antrag, Pötschky: „Zur Deckung der Tageskosten eine Teilersammlung zu veranstalten“, wird angenommen und die Kollegen Baumann und Lorenz mit der Ausführung desselben betraut. Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Zweck und Nutzen eines einheitlichen Lohntarifs für die Klempner Deutschlands“ erhält als Referent Kollege G. Gemme das Wort. Da schon früher über diese Sache in einer öffentlichen Versammlung diskutiert, bemerkt Medner, sich kurz fassen zu können. Der Werth eines solchen Grundtarifs mit Ortszuschlag, wie ihn ja auch die Buchdrucker haben, sei unüberkennbar, weil dadurch einestheils den reisenden Kollegen die Möglichkeit gegeben wird, wenn sie an einem fremden Orte in Arbeit treten, sofort den dort üblichen Lohn zu verlangen und dadurch einer Reduzierung desselben auch für die an dem betreffenden Orte Anwesenden zu begegnen, die selber vielfach von Seiten der Arbeitgeber, in Folge des durch die Unkenntnis der örtlichen Verhältnisse erfolgten billigeren Angebots der fremden Arbeitskräfte versucht werde. Auch werde andererseits bei Durchführung eines solchen Lohntarifs die Agitation betr. Anschluß der noch Fernstehenden an unsere Organisationen bedeutend erleichtert, da der in die Augen springende direkte materielle Vortheil überzeugend wirken müsse. Medner bemerkt hierbei zugleich, daß die Kollegen allerorts darauf achten müssen, daß jeder Klempner, resp. Installateur — ob einer Organisation angehörig oder nicht — in den Besitz einer Karte und Outing-Marken zum Agitations- und Unterstützungsfond ist. Diese Karten nebst Beitragsmarken, herausgegeben vom Vertrauensmann der Klempner Deutschlands, werden zu wenig beachtet und sollten in Zukunft von den organisierten Kollegen allerorts ganz energisch vertrieben werden. (Jedoch, um Konflikte mit den verschiedenen Vereinsvorständen als solchen in den Versammlungen und auch nicht an der Kasse. Nam. des Schriftf.) Eine vom Medner in diesem Sinne abgefasste Resolution wurde, nachdem noch mehrere Medner dieselbe befristet, von der Versammlung einstimmig angenommen. Kollege Gemme führt dann weiter betr. des Lohntarifs aus, es sei völkerecht in den Städten ein Minimallohn von 25 bis 35 s pro Stunde, je nach der Größe des Ortes, und für Überstunden bis 8 Uhr 50 Prozent, nach 8 Uhr aber 100 Prozent Aufschlag zu fordern. Medner verliest sodann folgende Resolution: und empfiehlt dieselbe zur Annahme: „In Erwägung, daß die Aufstellung, resp. Durchführung eines durch ganz Deutschland für unser Fachgewerbe gültigen Minimallohnes mit Ortszuschlag ein bedeutender Fortschritt sein wird, erklärt die heutige Versammlung sich mit den Vorschlägen des Kollegen G. Gemme als diskutabel einverstanden und erwartet, daß nach Kenntnisaufnahme dieser Aufstellung die Kollegen allerorts dazu Stellung nehmen und eventuell einen Kongreßbeschuß herbeiführen.“ In der Diskussion ist Abthl. dafür, daß man sich erst genügend organisieren und eine Zentralisation schaffen müsse, ehe man an diese Frage herantrete. Pötschky und Gymer sprechen sich gegen den Vorschlag aus, die Lohnsätze der Größe des Ortes anzupassen, da die Lebensmittelpreise zc. durchaus nicht immer dementsprechend seien. Dilling verneint entschieden die Durchführbarkeit der gemachten Vorschläge und will der Resolution nur in agitatorischer Beziehung einigen Werth belegen. Der angelegene Buchdrucker-Tarif sei unter ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnissen entstanden. Heute würden sich die Unternehmer nicht mehr herbeilassen, zur Feststellung des Lohnes zc. mit den Arbeitern zu unterhandeln; jetzt ent-

scheidet der Arbeitsmarkt. Sind viele Kräfte vorhanden, wird der Lohn gedrückt; umgekehrt müsse eventuell ein etwas höherer Lohn bezahlt werden. Und so werde es zweifellos auch bei den Buchdruckern werden, wenn es denselben nicht gelingt, die Arbeitskräfte vermöge ihrer Organisation vom Markt fern zu halten. Also sei auch für uns eine feste Organisation vor allen Dingen nöthig, und dann könne man weiter liegende Punkte in's Auge fassen. Nachdem Gemme seine Ansicht über die Durchführbarkeit seiner Vorschläge nochmals verteidigt und bemerkt, daß es ihm vor Allem daran gelegen sei, daß sämtliche Kollegen Deutschlands in die Diskussion über diese Resolution eintraten, wird dieselbe mit Majorität von der schon ziemlich gelichteten Versammlung angenommen.

Leipzig. Am 28. Januar hielt der Fachverein der Klempner von Leipzig und Umgegend seine regelmäßige Generalversammlung ab. Nachdem der 1. Punkt, Aufnahme neuer Mitglieder, erledigt war, gab der Vorsitzende einen Bericht über die Thätigkeit des Vereins vom verfloßenen Jahre. — Entnahmen, das 22 Versammlungen und 24 Ausschüßsitzungen stattgefunden haben. Von den größeren Posten, welche verausgabt wurden, wären hervorzuheben 217 M für „Metallarbeiter-Zeitung“, sowie 149 M für Unterstützung durchreisender Kollegen. Hierzu bemerkt Medner, daß noch bedeutend mehr geleistet werden könnte, wenn sich die Kollegen reger am Fachverein beteiligen würden. Die Indifferenten sollen mehr herangezogen werden, da im kommenden Jahre mehr Vorträge gehalten werden sollen; aber auch die aufgeklärt sein Wollenden, welche ihr Fernbleiben damit entschuldigen, sie seien darüber hinaus und verfolgten höhere Ziele, sollen sich ihrer irrigen Ansicht bewusst werden und ihr Wissen, wenn sie solches besitzen, im Fachverein zu verbreiten suchen. Zum Schluß hofft Medner, in Zukunft besser besuchte Versammlungen zu finden als bisher.

Zum 3. Punkt gibt der Kassirer Bericht über die Kasse, danach belief sich die Jahreseinnahme auf 587,60, die Ausgabe auf 630,83, somit ein Defizit von 43,23. Da allseitig anerkannt wurde, daß der Kassirer die Geschäfte zur größten Zufriedenheit geführt, wurde ihm Decharge erteilt. Der Bericht vom Arbeitsnachweis ergab, daß 45 Meister 56 Gehilfen suchten und 80 sich als arbeitslos angemeldet hatten. Es wurde ermahnt, den Arbeitsnachweis betreffs einer Statistik mehr in Anspruch zu nehmen. Zum 4. Punkt wurde beantragt, die „Zeitung für Blechindustrie“ fallen zu lassen und dafür die „Neue Zeit“ in 2 Exemplaren zu abonnieren, welches angenommen wurde. Zum 5. Punkt wurde der frühere Gesamtvorstand, außer einem Kollegen, wiedergewählt. Die Adresse des 1. Vorsitzenden ist: Hermann Schröder, Leipzig, Wiesenstr. 17, die des 1. Kassirers: Gustav Diebing, Leipzig, Sebastiansbachstr. 15. Nachdem noch verschiedene Vereinsangelegenheiten geregelt, sowie der Vorsitzende nochmals zur regen Beteiligung aufgefordert, schloß derselbe die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Münster. In der außerordentlichen Generalversammlung des Flaschnervereins am 24. Januar wurde u. A. beantragt, die „Metallarbeiter-Zeitung“ obligatorisch einzuführen. Dies wurde abgelehnt, dagegen beschlossen, statt der bisherigen 60 Exemplare nun 80 zu beziehen. Ein Antrag auf Anschaffung von Fachkalendern wurde abgelehnt. Nachdem noch verschiedene Vereinsangelegenheiten erledigt, erfolgte Schluß der Versammlung. — Zu bemerken ist noch, daß die kürzlich angeordnete Maßregelung unseres Vorsitzenden Gechter nicht zur Ausführung kam. Man sagte sich an maßgebender Stelle jedenfalls, daß eine solche Maßregel doch ein eigentümliches Licht auf eine Firma werfen würde, von welcher in letzter Zeit so viel Ruhmens war.

Wien. Da der hiesige Metallarbeiter-Verein in Nr. 6 unserer Klempner-Fachverein angegriffen hat, müssen wir folgende Erwiderung resp. Richtigstellung folgen lassen. Es wird uns erstens vorgeworfen, daß wir durch „Intriguen und Manipulationen“ das Bestehen des jungen Vereins unmöglich zu machen suchten, worauf wir erwidern, daß dieser Verein erst durch unsere Beihilfe in's Leben gerufen wurde. Ferner wird uns vorgeworfen, daß wir unsere Umwandlung bei der Ortspolizei angemeldet und verwandte Berufsangelegenheiten zugezogen haben. Mit der Umwandlung des Vereins sind wir nur den Wünschen des Delegiertentages zu Chemnitz nachgekommen, worauf uns von Seiten der Metallarbeiter der Vorwurf gemacht wurde, daß selbiger Verein schon verwandte Berufsangelegenheiten aufnehme, weshalb wir nur genannten Verein zu schädigen suchten, indem wir ebenfalls Berufsangelegenheiten aufnahmen. Dies müssen wir dahin berichtigten, daß wir alle Metallarbeiter aufnehmen, welche noch einer örtlichen Organisation angehören. Es ist doch jetzt das Streben, eine allgemeine Zentralorganisation in's Leben zu rufen,

aber wie es hier in Wien ersichtlich ist, wo sich die Arbeiter hier feindlich gegenüberstellen, kann es zu keiner Vereinigung führen. Diese Zwistigkeiten sind übrigens nur von dem früheren Vorsitzenden der Klempner hervorgerufen worden. Da es zur Sprache kam, daß ein Vorstand nicht zwei gleichen Vereinen angehören kann (denn aus zwei Karten läßt sich gut spielen), so waren wir gezwungen, ihm den Antrag zu stellen, entweder aus unserem Verein oder aus dem Metallarbeiter-Verein auszutreten, denn zwei Herren kann Niemand dienen, worauf er aus unserem Verein schied und sein Amt niederlegte, aber auch zugleich sich äußerte, daß die hiesigen Klempner von der Organisation ausgeschlossen sind. In Betreff der Reiseunterstützung wurde der Beschluß gefaßt, daß nicht eher die Unterstützung ausbezahlt wird, bis einige Branchen in unserem Verein vertreten sind, was bis zum heutigen Tage noch nicht geschehen ist. Nach dem Artikel in Nr. 6 dieser Zeitung rechneten sich die Klempner nicht zu den Metallarbeitern. Nun, das Urtheil hierüber wollen wir jedem selbstbewußten Arbeiter selbst überlassen. Gleichzeitig sprechen wir den Wunsch aus, daß alle Angriffe und Mißgeleiten beseitigt werden. Auch haben wir dem hiesigen Metallarbeiter-Verein keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt, sondern sind erst dazu aufgefordert worden. Vorläufig richten wir uns noch genau nach den Kongreßbeschlüssen, bis der Gewerkschafts-Kongreß zu Berlin getagt hat. Im Auftrag: Oswald Schwan.

Metallarbeiter.

Stettin. Der Metallarbeiter-Verein hielt am 3. Februar seine Mitglieder-Versammlung ab, welche gut besucht war. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. Wahl der Revisoren. Besprechung wegen einer allgemeinen Metallarbeiter-Versammlung. Verschiedenes. Es wurden 18 Mitglieder aufgenommen. Zum 2. Punkt wurden 3 Kollegen als Revisoren gewählt. Zum 3. Punkt sprachen mehrere Kollegen über eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, sie betonten, daß es notwendig sei, in nächster Zeit hier eine solche einzuberufen, zu welcher ein auswärtiger Referent kommen müsse, damit den hiesigen Metallarbeitern die Beschlüsse des Berliner Kongresses, sowie das Entgegenstreben des Herrn Dieblich klargestellt würde, um damit den hier unter den Metallarbeitern herrschenden Zwiespalt, welcher von Herrn Dieblich hervorgerufen, zu bekämpfen. Im „Verschieben“ wurde über die Reiseunterstützung gesprochen und einstimmig beschlossen, dieselbe im Vereinslokale auszugeben, um den durchreisenden Kollegen den Weg zu erleichtern. Ferner wurde noch beschlossen, Formwerkzeuge aus der Fabrik von Franz Scheibe, Leipzig-Bindenau, zu beziehen und hier im Vereinslokale eine Filiale zu errichten. Die Reiseunterstützung wird also von jetzt ab im Vereinslokale, Ww. Büllners Nachfolger, am Kesselbring, ausbezahlt.

Dresden. Am 28. Januar fand im Saale des Volksbildungs-Vereins die erste Generalversammlung des Vereins aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Dresdens und Umgegend statt. Zur Aufnahme hatten sich 46 Mitglieder eingetragen, so daß die Mitgliederzahl ungefähr 80 beträgt. Zum 2. Punkt: Wahl des Gesamtvorstandes, wurden die Kollegen Gustav Kranz als 1. Vorsitzender, Heinrich Bürger als stellb. Vorsitzender, Oskar Schimmrohn als Kassirer, Friedrich Clausnitzer als stellb. Kassirer, Max Hanold als Schriftführer, Arno Hierig als stellb. Schriftführer gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Martin Pösch, Max Wiegand, F. Kriebel gewählt; als Revisoren die Kollegen Magnus Paal, Engel und Hummlich. Zum 3. Punkt: Vereinsangelegenheiten, beschloß man, die Vereinsversammlungen regelmäßig alle 14 Tage im Saale des Volksbildungsvereins abzuhalten, und ergeht hiermit an alle Metallarbeiter von Dresden und Umgegend die dringende Aufforderung, zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen.

Eberfeld. Die letzte Mitglieder-Versammlung des Metallarbeiter-Fachvereins fand am 31. Januar im Lokale des Herrn Obelode statt; dieselbe war gut besucht. Es ließen sich wieder mehrere Kollegen aufnehmen. Nach Verlesung des Protokolls der vorigen Versammlung wurde zur Tagesordnung übergegangen. Betreffs der Reiseunterstützung wurde sodann nach längerer Debatte beschlossen, die Auszahlung derselben dem Vorsitzenden Karl Koch, Klebdrucker, 36, zu übertragen. Zu lebhafter Diskussion gab die Einrichtung der Bibliothek Veranlassung. Die Versammlung einigte sich dahin, dem Vorstand insofern freien Spielraum zu lassen, als er nach eigenem Gutdünken zunächst aus der Anzahl der vorgeschlagenen solche Werke auswählen soll, welche fachtechnischen Inhalts sind, dabei aber darauf achten soll, daß die zur Belehrung und Information auf sozial-politischem Gebiete erforderlichen Bücher gleichfalls Berücksichtigung finden. Im ver-

gangenen Jahre waren die Versammlungen nicht gut besucht, dieses hat sich in der letzten Zeit aber so geändert, daß wir hoffen, bald eine gute Organisation zu haben. Der Vorstand besteht aus folgenden Personen: 1. Vorsitzender Koch, 2. Vorsitzender Jocher, Kassirer Schmitz, 1. Schriftführer Böckmann, 2. Schriftführer Heise, Revisoren: Kemmann, Webber und Dühren.

Hildesheim. Am 14. Dezember v. J. fand hier eine Metallarbeiter-Versammlung statt, in welcher beschlossen wurde, einen Metallarbeiterverein für Hildesheim und Umgegend zu gründen. Es wurde zugleich eine Kommission von 4 Mitgliedern gewählt zur Ausarbeitung des Statuts. — In der am 24. Januar stattgehabten Versammlung wurde der Verein gegründet, 22 Mitglieder zeichneten sich ein. In den Vorstand wurden gewählt: Max Bergel, Gelbkefer, 1. Vorsitzender, Steuerwalderstraße 149; August Detbers, Schlosser, 2. Vorst., Alter Markt 1690; Kar. Jacobs, Dreher, 1. Kassirer, Annenstraße 719; Aug. Dahms, Schlosser, 2. Kass.; Romann Kelsmüller, 1. Schriftführer; Rob. Niemann, 2. Schriftf. — Die nächste Mitgliederversammlung findet am 21. Februar im Lokale des Herrn Fuhlrodt, Abends halb 9 Uhr, statt. Sämtliche in der Metallbranche arbeitende Kollegen werden hiermit ersucht, sich recht zahlreich dem Verein anzuschließen.

Harburg. Der hiesige Metallarbeiter-Fachverein hielt am 31. Januar seine regelmäßige monatliche Mitglieder-Versammlung ab. Als Referent war Herr Deisinger aus Hamburg anwesend. Das Referat bezog sich hauptsächlich auf Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Nach vollständiger Klarlegung der Sachlage lief eine Resolution ein, welche einstimmig angenommen wurde, und wonach sich die Versammlung mit voller Anerkennung den Ausführungen des Referenten anschloß. Die Versammlung war sehr gut besucht, es ließen sich 27 neue Mitglieder aufnehmen.

Bonn. Am 2. Februar hielt der Metallarbeiterverein aller Branchen eine Generalversammlung ab, welche von ca. 60 Mitgliedern besucht war. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete der Kassirer Bericht über den Bestand der Kasse, es ergab sich ein Bestand von 177,07. Zum 2. Punkt, Vereinsangelegenheiten, sprach sich der Vorsitzende darüber aus, daß trotz vieler Agitation die Mitgliederzahl verhältnismäßig gering sei, besonders müßten die Schmiede und die Former eine Stütze erhalten. Dann kamen 2 Schreiben von den Metallarbeitern in Budapest zur Verlesung; es wurde beschlossen, denselben zu ihrem 10. Gründungsfest ein Begrüßungsschreiben zu senden. Zum 3. Punkt wurde beschlossen, ein Familienfest im Vereinslokale zu feiern. Dasselbe soll am 14. März stattfinden und nur aktive Mitglieder und deren Angehörige Zutritt haben. Nach Bekanntmachung der Orte, von denen der Bezug fern zu halten ist, erfolgte Schluß der Versammlung.

Friedfeld. Durch die schlechte Lage, in der sich die hiesigen Metallarbeiter befinden, waren sie gezwungen, eine Organisation zu gründen, welche die Interessen der Kollegen nach jeder Seite hin vertritt. Dieses ist am 31. Januar geschehen. Wenn wir auch vorläufig eine kleine Zahl sind, so muß man bedenken, daß wir gerade in unserer Gegend, hier am Niederrhein, mit den Schaaeren des Zentrums zu kämpfen haben. Aber dieses soll uns nicht abschrecken. In der Versammlung wurde beschlossen, unsern Verein „Metallarbeiter-Fachverein und verwandte Berufsangelegenheiten“ zu nennen. Der Vorstand besteht aus den 5 nachstehenden Personen: Otto Genfritsch, 1. Vorsitzender; Joh. Binder, 2. Vorst.; Wilh. De Temple, Kassirer; Karl Rapp, 1. Schriftführer; Heinrich Sellmann, 2. Schriftführer.

Rattingen bei Düsseldorf. Am 25. Januar fand im Lokale des Herrn Gottschall eine öffentliche Metallarbeiterversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1) Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation. 2) Gründung eines Metallarbeiter-Vereins. 3) Statutenberatung und Wahl des provisorischen Vorstandes. Zu Punkt 1 hatte der Vertrauensmann der rheinischen Metallarbeiter, Kollege Sträter aus Köln, das Referat übernommen. Er beleuchtete in anerkennenswerthiger Weise den Zweck und Nutzen der Organisation auf's Eingehendste und bewies durch Zahlen, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit die Löhne steigen und daß der Arbeiter dadurch in ein menschenwürdiges Dasein versetzt würde. Hierauf fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heutige im Lokale des Herrn Gottschall tagende öffentliche Metallarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verspricht mit allen Kräften für die Bildung eines Metallarbeitervereins für Rattingen und Umgegend einzutreten.“ Nachdem die Statuten beraten waren, fand die Wahl eines provisorischen Vorstandes statt. Hierauf ließen sich in den neugegründeten Verein 32 Mitglieder einschreiben. Zum Schluß brachte der Vorsitzende ein Hoch auf die inter-

nationale Arbeiterbewegung aus, in das Alle kräftig einstimmen. — Am 1. Februar hielt der neue Verein seine erste Mitglieder- versammlung ab. In dem Vorstand wurden gewählt: Louis Engelhardt, Dechenerstr. 87, Vorsitzender; Cornelius van der Bl, Dechenerstr. 21, Kassierer; Rudolph Stein, Bahnh. 207a, Schriftführer. Sodann wurde beschlossen, die Mitgliederversammlung jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Goldschall, Hintorfstrasse, stattfinden zu lassen und die „Metallarbeiter-Zeitung“ obligatorisch einzuführen. Aufnehmen lassen sich noch 27 Mitglieder, somit zählt der junge Verein jetzt schon 59 Mitglieder. Nun ist es aber auch Pflicht eines jeden Mitgliedes, an dem Verein fest zu halten, mag es kommen wie es will und nach allen Kräften zu agieren, damit wir auch endlich einmal dem Ausbeutertum Schranken ziehen können.

Bietin. Der Metallarbeiter-Fachverein hielt am 28. Januar seine vierteljährliche Generalversammlung ab. Der Kassenbericht ergab Einnahme M 487,15, Ausgabe M 343,45, Bestand M 143,70. Nachdem die Revisoren bekundet, daß Alles in bester Ordnung sei, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Bei der Neuwahl der statutenmäßig ausstehenden Vorstandsmitglieder wurden neu- resp. wiedergewählt als 1. Vorsitzender Vorkenhausen, 2. Vorf. Dollerschell, 1. Schriftf. Wohlfeil, 2. Kassier Schumann, 3. Protokollführer Gsch. Dritter Punkt war: Vortrag des Hrn. Masch über Ordnungs- und Unordnungsarbeiten. Nach einer kurzen sich an den Vortrag anschließenden Diskussion und nach Erledigung einer Unterstützungsfrage wurde die Versammlung geschlossen.

Sangerhausen. In der Versammlung des Metallarbeiter-Vereins am 31. Januar wurden nach Eingehung der Beiträge 13 neue Mitglieder aufgenommen. Darauf wurden einige Mitglieder wegen Beitragsrückstand ausgeschlossen. Ein Kollege stellte zwar den Antrag, die Namen der Reaktanten zu veröffentlichen, doch wurde davon Abstand genommen. — Die Versammlungen finden jeden Sonnabend vor dem 1. eines Monats statt, und zwar bis 1. April in der „Reichs-krone“, darnach in der „Schweizerhütte“.

Schnigling-Doos b. Nürnberg. Am 31. Januar hielt der Fachverein der Metallarbeiter und Metallarbeiterinnen seine Generalversammlung ab. Folgende Kollegen wurden in die Verwaltung gewählt: 1. Vorsitzender Joseph Köhl, Seelensbühl 61, b. Hbg., Georg Härtner 2. Vorf., Richard Keller 1. Kassier, Heinrich Härtner 2. Kassier, als 1. Schriftführer Erhard, als 2. Schriftführer Israel, als Revisoren Hausner, Schuhmacher und Müller. Es konnte die erste wichtige Thatsache mitgeteilt werden, daß keines der 76 Vereinsmitglieder mit einem Beitrage rückständig ist. Da es uns in Schnigling und Doos nicht möglich war, ein anderes Vereinslokal zu erhalten, indem die Wirthe auf Kommando der Herren Wertheimer ihre Lokale verweigerten und es unsere Pflicht war, das bisherige Vereinslokal zu verlassen, weil der Wirth Mitglied des neu gegründeten evangelischen Arbeiter-Vereins ist, und uns nur das Leben Profit zu wünschen duldet, haben wir das Vereinslokal zu Herrn Spiegl (Kett. „Kassierer“), Ruggenhof, verlegt, und findet daselbst Samstag, den 14. Februar, Mitglieder-Versammlung statt.

Reichszugmacher.

Nürnberg. In der Segler'schen Reichszugfabrik ist wegen Verweigerung der Bezahlung der gesetzlichen Feiertage, was bisher üblich war, die Arbeit gestoppt. Der Zugang ist fern zu halten.

Schlösser u. Maschinenbauer.

Berlin. Eine öffentliche Versammlung der Schlösser und Maschinenbauer fand am 27. Januar unter Vorf. des Kollegen Pöhl statt. Herr Wihl. Werner hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das „Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetz“. Nach eingehender Fragebeantwortung gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige Versammlung der Schlösser etc. erklärt sich mit dem Referenten vollständig einverstanden und erklärt, daß das vielgerühmte „Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetz“ für die Arbeiter vollständig nutzlos ist. Die Versammlung spricht ihre Meinung dahin aus, daß von der heutigen Gesetzgebungsordnung, im heutigen Klassenstaat, ein den Arbeitern wirklich schützendes und annehmbareres Gesetz gegen Alter und Krankheit überhaupt nicht zu erwarten ist; erklärt vielmehr, daß dies nur durch Umgestaltung der heutigen Produktionsweise möglich ist, und nur mit der Umwandlung der heutigen Gesellschaftsordnung in Erfüllung gehen kann. Sodann erstattete Kollege Pöhl Bericht über die Verhandlungen des Delegiertentages der Metallarbeiter Brandenburgs und Pommerns. In der Diskussion, an der sich die Kollegen Rein, Unverföhrt, Wähge, Mietze und Pöhl beteiligten, erklärte man sich mit

den Beschlüssen einverstanden und hielt die Schaffung einer allgemeinen Metallarbeiter-Organisation für Berlin für die einzig praktische. Die Versammlung trat dieser Ansicht durch einstimmige Annahme folgender Resolution bei: „Die heutige Versammlung etc. erklärt sich mit den Beschlüssen des Provinzial-Delegiertentages der Metallarbeiter Brandenburgs und Pommerns einverstanden; sie erklät in der zentralistischen Regelung des Arbeitsnachweises, Herbergens und Wander-Unterstützungswesens einen den Zeitverhältnissen und der heutigen Kampfweise des Unternehmertums entsprechenden notwendigen Schritt und verspricht, mit aller Energie für die gefassten Beschlüsse, insbesondere für Schaffung einer allgemeinen Metallarbeiter-Organisation (lokale Zentralisation) einzutreten.“ Hierauf erstatteten die Kollegen Pöhl und Altr Bericht über die Verhandlungen der Berliner Streik-Kontrollkommission.

Präsident. Der Verein der Schlösser und verwandten Berufsgenossen hielt am 24. Januar seine erste Hauptversammlung ab. Zu Punkt 1 hatten sich wieder mehrere Kollegen zum Eintritt in den Verein gemeldet, welche in üblicher Weise von dem Vorsitzenden begrüßt und einstimmig aufgenommen wurden. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Hauptversammlung wurde vom Kassierer der Rechenchaftsbericht erstattet. Nach Abzug der Ausgaben bleibt ein Ueberschuß von M 11,14. Gesamtvermögen ist M 144,21. Die Revisoren erklärten die Abrechnung für richtig und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Der Vorsitzende gab alsdann einen kurzen Uebersicht über die Thätigkeit in der letzten Zeit, er bemerkte hierbei, daß der Verein eine Mitgliederzahl von 160 erreicht habe, welches eine immerhin erfreuliche Zahl sei, jedoch bei den zahlreichen hier beschäftigten Kollegen doch zu wünschenswert übrig lasse. Er forderte daher alle Mitglieder zu reger Agitation auf, zumal sich aus den, aus unserem Verein gegangenen Innungsverbänden, ein uns entgegenstrebender Schlösserverein gebildet hat, welcher sich Verein der Bauerschlosser nennt und nichts gemein haben will mit sogenannten Fabrik-Schlössern. Es ist diese Thatsache ja zu beklagen, daß es noch immer Leute gibt, die der Innungsbücherei zu Liebe ihr eigenes Wohl mit Füßen treten, die sich durchaus nicht in die Thatsache finden können, daß der goldene Boden des Handwerks nur eine große Wüste ist, daß alle Arbeiter sind, die das Einzige, ihre Arbeitskraft, zum geringsten Preise an den Kapitalbesitzer verkaufen müssen, die es nicht einsehen wollen, daß geschlossene Korporationen und Verbände ihnen gegenüberstehen und bereit sind, ohne Skrupel ihnen alle durch Gesetz oder eigene Kraft erzwungenen Vorteile zu entreißen. Möchte es doch einmal Platz werden in den Köpfen. In den Vorstand wurden gewählt: J. Haase als 1. Vorsitzender, Brügger als 2. Vorsitzender, Wihl. Schäfer als Kassierer, als 1. Schriftführer Max Freitag, als Revisor Seifert, Herberg und Albrecht, als Revisoren Werner, Reicherting und Friede. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten wurde beim 6. Punkt, Fragekasten, die Frage: Wie stellt sich der Verein zur Reiseunterstützung? behandelt. Es entwickelte sich eine heftige Debatte über diesen Punkt. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, diesen Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung zu setzen. Zum Schlusse gedachte noch der Vorsitzende der beiden ausstehenden Vorstandsmitglieder Köhnel und Wiegandt und ersuchte die Versammlung, denselben den Dank für ihre bisherige Thätigkeit durch Erheben von den Händen zu bekunden.

München. Am 4. Januar hielt der Fachverein der Schlösser, Maschinenbauer und verwandten Berufsgenossen seine diesjährige Generalversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Beim 2. Punkt, Jahresbericht, ergab sich eine Einnahme von M 1079,16, eine Ausgabe von M 996, bleibt ein Kassenbestand von M 83,16. Die Revisoren bestätigten hierauf die Richtigkeit der Abrechnung. Bei Neuwahl des Ausschusses wurden folgende Kollegen gewählt: als 1. Vorsitzender A. Egel, als 1. Kassier Meier, als 1. Schriftführer A. Schwaab, als Revisoren Freidl, Weinbl und Krämer, als Bibliothekare Kammerer und Hell. Ueber den 4. Punkt, obligatorische Einführung der „Metallarbeiter-Zeitung“, entspann sich eine sehr lebhafte Debatte; nachdem mehrere Redner dafür und dagegen gesprochen hatten, wurde der Antrag mit allen gegen 35 Stimmen abgelehnt. Bei Verschiedenes wurde der Antrag gestellt, das Versammlungslokal zu verlegen, indem das Verhalten des Herrn Wirths in letzter Zeit Veranlassung zu verschiedenen Beschwerden gab. Der Ausschuss wurde beauftragt, ein anderes Versammlungslokal zu suchen. Alle Sendungen sind zu richten an A. Egel, München, Rumpfordstr. 36, I. — Wir machen die Fachvereine auf den Schlösser Wilhelm Sieger aufmerksam. Derselbe führt ein falsches Mitgliedsbuch auf den Namen

Wihl Stäble. Wir ersuchen, daraufhin keine Reiseunterstützung zu zahlen.

Schlager.

D. Nürnberg. In einer der letzten Nummern wurde bekannt gegeben, daß der 2. Kongreß der Schlager Deutschlands am 29. März in Fürth abgehalten werden solle und zugleich ging den Kollegen die Aufforderung zu, sofort die nöthigen Schritte zu thun, um Delegirte zu wählen und eventuelle Urträge zur Tagesordnung bekannt zu geben. Es ist nun am Platze, einen kurzen Rückblick auf die gewerkschaftliche Bewegung, speziell der Nürnberger Metallschlagger, seit dem letzten Kongreß zu werfen. Der 1. Kongreß hat in seinen wichtigsten Beschlüssen folgende Punkte, welche zu erlangen angestrebt werden sollten, genannt: Einführung 10 stündiger Arbeitszeit, sowie Mittagspause, 33 Prozent Lohnhöhung, Arbeitsnachweis etc. Hier tritt besonders bei den Nürnberger Metallschlagger das sonderbare Verhalten hervor, daß die Meister sämmtlich für die Einführung der zehnständigen Arbeitszeit und einstündigen Mittagspause sind, daß diese auch eingeführt waren, von den Gehilfen und Einlegertinnen aber nur einige Wochen gehalten wurden, mit Ausnahme einer einzigen Werkstatt (K.) jetzt aber die 13 stündige Arbeitszeit wieder so ziemlich eingeführt ist. Der Lohn ist seit dem Kongreß um 9—10 Prozent gestiegen, statt daß aber dadurch die Produktion verringert wurde, wird beinahe jetzt noch mehr gemacht, als früher. — Was nun die Wahl der Delegirten betrifft, so ist es gut, wenn die Metallschlagger auch prüfen, ob diejenigen Kollegen, die in Vorschlag gebracht werden, auch ihre Mitarbeiter richtig vertreten können, was beim vorigen Kongreß nicht bei jedem der Fall war. Beim 1. Kongreß wurden ganz einfach einige Namen aufgerufen, und die wurden gewählt; da haben wir das Schauspiel erlebt, daß einer der Delegirten (K.) kurze Zeit nach dem Kongreß zurückgetreten ist von seinen Kollegen, und sich bis jetzt nicht mehr um sie kümmerte. Delegirte dürfen nicht nur so lange der Kongreß dauert thätig sein, sie sollen auch noch nach demselben ihren Kollegen als Vorbild dienen und besonders die Beschlüsse, welche sie selbst auf dem Kongreß mitgefakt haben, halten, was bei uns nicht der Fall war. Was nun die Tagesordnung des Kongresses betrifft, so sind die angeführten Punkte ganz richtig zusammengestellt. Doch wäre es gut, wenn dabei von Seite der hiesigen berechtigten Kollegen in den Versammlungen dafür gesorgt würde, daß auch die eventuelle Anschließung der Schlagger an die demnächst ins Leben tretende Metallarbeiter-Union berathen werden könnte und auf dem Kongreß dann dahingehende Beschlüsse gefaßt würden. Das Beste für uns ist der Anschluß an die Gesamtheit der Arbeiter. Möchten die Schlagger diesmal wirklich zeigen, daß sie sich solidarisieren fühlen mit den übrigen Metallarbeitern, dann wird auch die in unserem Gewerbe gegenwärtig herrschende Krise überwunden werden, wir können dann auch auf eine Besserung unserer Verhältnisse rechnen.

Schmiede.

Nürnberg. Im hiesigen Fachverein der Schmiede hielt am 24. Januar Herr Dehme einen Vortrag über das Invaliden- und Altersversicherungsgesetz, bei welchem derselbe die wichtigsten Bestimmungen dieses so paragrafenreichen Apparates den zahlreich Anwesenden in leicht faßlicher und ausführlicher Weise erläuterte. Auch führte der Referent die Mängel und Schäden dieses Gesetzes an und besprach zugleich die Entstehungsurache desselben, sowie die Ungültigkeit betreffs der Rente und Altersgrenze. Durch Auforderung des Referenten wurden von Seite der Anwesenden viele dieses Gesetz betreffende Fragen gestellt und von demselben in bereitwilligster Weise beantwortet. Schließlich wurde beschlossen, von dem „Ausguss über das Invaliden- und Altersversicherungsgesetz“ 50 Exemplare anzuschaffen und den Mitgliedern zuzuwenden.

Zinniger.

München. Am 17. Januar fand die General-Versammlung des Fachvereins der Zinniger statt, in welcher die Neuwahl der Hälfte der Vorstandschaft vorgenommen wurde. Gewählt wurden die Kollegen Klings-eisen als 1. Vorsitzender; Ruckbaum, 1. Kassier; Fledenstein, 1. Schriftführer und Maurus, Beisitzer. Der Kassenbestand ist als ein günstiger zu bezeichnen und kann der junge Verein mit Befriedigung auf sein Gründungsjahr zurückblicken. Als beachtenswert muß erwähnt werden die Errichtung des Arbeitsnachweises, welcher sich der Sympathie Aller erfreut und von beiden Seiten fleißig herbeigewirbt, sowie die Anschaffung einer Bibliothek und obligatorische Einführung der „Metallarbeiter-Zeitung“. Dem Verein gehören drei Viertel aller hier arbeitenden Kollegen an, und wäre es den wenigen dem Verein noch Fernstehenden in ihrem eigenen Interesse zu empfehlen, demselben baldmöglichst beizutreten.

— Alle Briefe sind zu richten an Ludwig Klings-eisen, Frauenstr. 4c.

Feilenhauer.

Augsburg. In der am 4. Januar abgehaltenen Versammlung wurde für den ausretenden Schriftführer (auch zugleich Vertrauensmann) Franz Baumann als Schriftführer Fern. Röhler und als Vertrauensmann Friedr. Koch gewählt. Gregor Ulmer und Lorenz Pracht sind ebenfalls aus dem Verein ausgetreten. Ausgeschlossen wurden nach § 8 Abs. 2 Umbroffus Köfelmann und Robert Geiger. — Arbeits-Nachweis und Geschenkauszahlung befinden sich wie vorher beim Vorstand Georg Schulz, Schmieberg C. 156. Umschauen zieht den Verlust des Geschenkes nach sich.

Budapest. Der Feilenhauerstreik in der Fabrik R ö s s e m a n n & K ö h n e m a n n dauert fort. In der vergangenen Woche, der fünften seit Ausbruch des Streiks, hat sich ein Feilenhauer, Namens Elias Frosch, gesunden, der dort in Arbeit trat, nach zwei Tagen jedoch die Fabrik wieder verließ. Ferner kam ein Kollege der Streikenden aus Wien, welcher die Aufnahme der Arbeit verweigerte, als er von der Sachlage erfuhr. Die Firma Köhsemann & Köhsemann hat bedeutende Aufträge und trachtet die Arbeiten bei den Feilenhauer-Meistern anfertigen zu lassen; die Feilenhauergehilfen weigern sich jedoch diese Arbeiten auszuführen (wie z. B. bei Herrn Stefan Gall) und machen den Meistern Vorstellungen, doch lieber jene Stunden zu gewinnen, als die Firma Köhsemann & Köhsemann zu unterstützen. Der Feilenhauermeister Herr Stiring in Neupeft hat die Arbeiten der Firma zurückgewiesen.

Brackwebe. Der Vorsitzende des Feilenhauer-Vereins für Dielefeld und Umgegend wohnt Brackwebe b. Dielefeld Nr. 386. Das Geschenk beträgt 1 M und wird bei Karl Weiden, Friedr. Str. 49, Dielefeld, Mittags 12—1 Uhr ausbezahlt. Daselbst Arbeits-Nachweis. Das Umschauen ist strengstens verboten.

Korrespondenzen der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands.

An die Mitglieder der Gewerkschaften.

Es erweist sich als notwendig, daß seitens der Generalkommission auf alle die Mängel, welche heute noch einzelnen Gewerkschaftsorganisationen anhängen, aufmerksam gemacht wird. Es kann dieses deshalb mit vollem Rechte geschehen, weil sich durch die in Aufnahme begriffene Statistik schon jetzt übersehen läßt, welche große Differenzen in der Beitragsleistung bei den einzelnen Organisationen bestehen, andererseits es aber auch als eine der wesentlichsten Aufgaben der Kommission zu betrachten ist, Alles zu thun, was zur Stärkung der Organisationen beitragen kann.

Während des Sozialistengesetzes erklärten sämtliche Vertreter der Gewerkschaften, daß diese im Wesentlichen als Vorläufer der politischen Bewegung und als Stützpunkt für dieselbe zu gelten haben. Auch heute steht außer allem Zweifel, daß gerade die Gewerkschaften mit ihren Kämpfen es sind, welche den indifferenten Arbeiter zum Klassenbewußtsein und somit zur politischen Erkenntnis und Thätigkeit bringen. Nach Ablauf des Sozialistengesetzes aber dürfte es angebracht erscheinen, darauf aufmerksam zu machen, daß zwischen der Aufgabe der politischen Bewegung und derjenigen der Gewerkschaften bei der heute bestehenden Vereinsgesetzgebung ein wesentlicher Unterschied besteht. Sicher ist, daß wir, wenn ein volles Vereinigungsrecht in Deutschland vorhanden wäre, entschieden dafür sorgen würden, daß in den gewerkschaftlichen Organisationen gleichzeitig die politischen Fragen zur Erörterung kommen. Der Unterschied zwischen der politischen Thätigkeit, wie die Arbeiterpartei sie entwickelt, und der Aufgabe der Gewerkschaften liegt darin, daß die erstere eine Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation anstrebt, während die letztere in ihren Bestrebungen, weil die Gesetze uns hienin Grenzen ziehen, auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaft steht.

Während also die erstere darauf hinarbeitet, abgesehen von den Vorteilen, welche den Arbeitern durch die Arbeiterschutzgesetzgebung, welche die Partei anstrebt, geboten werden, in späterer Zeit durch die Umgestaltung der Produktionsweise allen Mitgliedern der Gesellschaft ein sorgenfreies Dasein zu verschaffen, suchen die letzteren (Gewerkschaften) auf dem Boden des heutigen Klassenstaates die Lage der Arbeiter zu verbessern. Nun liegt einem jeden mit den Verhältnissen Vertrauten klar vor Augen, daß die besitzende Klasse, und im besonderen Falle das kapitalkräftige Unternehmertum, noch eine nicht zu unterschätzende Macht

bildet und liegt andererseits mit dieser Erkenntnis die Verpflichtung vor, daß wir, wenn wir überhaupt Vorteile haben wollen, die Macht unserer Organisationen so stärken, daß sie dem Unternehmertum gewachsen sind. Dies dürfte, wenn wir bedenken, daß die große Zahl der organisierten Arbeiter ohne Rücksicht auf das Gewerbe stets solidarisch zusammensteht, während in allen Kämpfen es sich nur um die Unternehmung eines bestimmten Gewerbes handelt, sicher nicht schwer sein.

Die wirtschaftlichen Kämpfe (Streiks, Aussperrungen) spielen sich nicht in der Weise ab, wie der Kampf auf dem Schlachtfelde, wo die Intelligenz der einzelnen Person, die persönliche Tapferkeit zum Siege führen kann, sondern sie gestalten sich immer mehr zu einer Machtfrage. Die Macht des Unternehmertums wächst mit der Vergrößerung des Kapitals und tritt besonders während der wirtschaftlichen Krisen zu Tage. Die Macht des Arbeiters liegt in der Organisation. Diese muß er so gestalten, daß sie eine möglichst große Zahl der Berufsgehörigen umfaßt und dann muß versucht werden, die einzelnen Berufsorganisationen zu einem festen Ganzen zu verbinden. Schon die gewaltige Zahl der zu einer Organisation verschmolzenen Arbeiter wird dem Unternehmertum Respekt einflößen; dann aber bedeutet die Zahl der Mitglieder auch die finanzielle Leistungsfähigkeit, weil jeder Einzelne seinen Beitrag in eine Kasse zahlt. Demnach liegt unsere Macht in der Größe unserer Organisation.

Wir dürfen uns aber durchaus nicht verhehlen, daß wir von einer solchen die Macht besitzenden Organisation noch entfernt sind, entfernter aber sind wir noch von der wahren Beibehaltung des Solidaritätsgefühls und der Opferfreudigkeit, wie sie unseren noch so mächtigen Gegnern gegenüber absolut erforderlich ist. Wir finden Vereine, welche einen Monatsbeitrag von 20 S haben, andere zahlen 10 S pro Woche, liefern dafür aber die Fachzeitung gratis und nur wenige sind es, die über einen Wochenbeitrag von 15 S hinausgehen. Wohl ist zu erwägen, daß ein Beitrag von 10 S pro Woche, von jedem den heute bestehenden Organisationen angehörenden Arbeiter geleistet, zusammengesetzt eine gewaltige Summe repräsentiert, doch wird dieser Beitrag fast völlig für die Zeitung, die Verwaltung und Agitation verbraucht. Bleibt ein größerer Streik aus, dann muß man sich mit der Erhebung von Extrabeiträgen befassen oder Sammellisten ausgeben. In beiden Fällen aber werden, und leider nur von Wenigen, nur Pfennige geleistet. Die Sammlungen gehen langsam von statten und ist der Kampf oft zu Ungunsten entschieden, ehe nennenswerte Summen eingehen.

Wir dürfen uns ferner nicht verhehlen, daß, wenn wir nicht anfangen, hier bessere Hand anzulegen, das Unternehmertum, wie es in letzter Zeit häufig der Fall war, auch fernerhin in allen Kämpfen die Oberhand behalten wird. Es genügt nicht, pompöse Aufrufe zu erlassen und an die Solidarität der Genossen zu appellieren, sondern wir müssen uns daran gewöhnen, regelmäßig mehr zu leisten. Deswegen möchten wir allen Gewerkschaften empfehlen, endlich damit zu brechen, nur wenige Pfennige als Beiträge zu erheben, und besonders die Zentralorganisationen ersuchen, auf den Generalversammlungen dahin zu wirken, daß mindestens ein Wochenbeitrag von 20 S allgemein eingeführt wird.

Dasselbe Verhältnis muß auch bei der Unterstützung der Streiks eingeführt werden; auch hier muß dafür gesorgt werden, daß einestheils die Sammlung auf Wissen aufhört, andererseits auch hier nicht, wie bisher, nur geringfügige Extrabeiträge erhoben werden. Bei uns ist die Sache von dem Standpunkte des wahren Solidaritätsgefühles, dann müßte jeder in Arbeit stehende, nicht nur Mitglieder des im Auslande befindlichen Gewerbes, sondern jeder Arbeiter überhaupt, so viel von seinem Wochenverdienst abgeben, als der Ausstehende weniger an Unterstützung erhält. So weit wollen wir gar nicht einmal gehen, sondern nur darauf aufmerksam machen, daß ein jeder Arbeiter, gleichviel welchem Berufe er angehört, ein Interesse an jedem Auslande, an welchem Orte er auch stattfindet, hat. Jeder verloren gegangene Kampf verschlechtert die Arbeitsverhältnisse und stärkt die Macht des Unternehmertums nicht nur in dem in Frage kommenden Gewerbe, sondern im Großen und Ganzen. Deswegen muß darnach hingestrebt werden, daß die Beitragsleistungen in den einzelnen Gewerkschaften höher werden, sowie die Leistungen an Extrasteuern bei Streiks nicht so minimal wie bisher bleiben.

Nicht mit einem Male werden wir die Leistungsfähigkeit der Mitglieder mehr in Anspruch nehmen dürfen, aber es muß ständig darauf aufmerksam gemacht werden, daß größere Opfer gebracht werden müssen,

wenn wir auf gewerkschaftlichem Gebiet Vorteile erringen wollen.

Situations-Bericht.

Eine wesentliche Aenderung in der Lage der im Auslande befindlichen Arbeiter ist nicht eingetreten. In Dänemark hat sich theils durch Abreise, theils durch Eingehen auf die Forderung der Fabrikanten die Zahl der Ausständigen etwas verringert, dagegen ist ein Zustand der Klavierarbeiter in der Fabrik von Mainz u. Romp. wegen Lohnreduzierung von 7-25 Prozent eingetreten. Es sind bei diesem Zustande dreißig Arbeiter mit vierundvierzig Kindern in Mitleidenschaft gezogen.

Vorläufig kann noch an allen Plätzen die Sachlage zu Gunsten der Arbeiter sich gestalten, wenn seitens der deutschen Arbeiter genügend Unterstützung gewährt wird.

Gerichts-Zeitung.

Der Arbeits-Vertragsbruch unter dem Strafgesetze. Vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II in Berlin stand vor Kurzem der Schlosser Franz Grünberg, um die von ihm eingelegte Berufung zu vertreten gegen ein Urteil des Schöffengerichts in Alt-Dandberg, durch welches er wegen Vertragsbruches mit einer Woche Gefängnis bestraft worden war. Die in der zweiten Instanz reproduzierte Beweisaufnahme ergab in Uebereinstimmung mit den Feststellungen des ersten Richters folgenden objektiven Thatbestand. Der Angeklagte war in der Reparaturwerkstatt der Zement-Fabrik von Guttman u. Feserich beschäftigt. Beim Austritt des Arbeitsverhältnisses machte ihn der Maschinenmeister Döhler ausdrücklich darauf aufmerksam, daß seit einiger Zeit eine neue Fabrikordnung eingeführt worden sei, deren Bestimmungen er sich unterwerfen müsse, er möge sich dieselbe daher genau durchlesen. Die Fabrikordnung bestimmte u. A., daß derjenige, welcher während der Arbeitszeit in der Fabrik schlafte, mit 2 M., und wer die Arbeit ohne Innehaltung der vierzehntägigen Kündigungsfrist eigenmächtig verlasse, mit 10 M. bestraft würde. Donnerstag, den 31. Juli, traf der Meister den Angeklagten schlafend und notirte denselben zur Bestrafung. Darüber erbittert, erklärte der Angeklagte, sofort aufstehen zu wollen, worauf ihn der Meister darauf hinwies, daß er alsdann 10 M. Strafe bezahlen müsse. Der Angeklagte erwiderte: „Ach, was geht mich denn die Fabrikordnung an!“ und ging. Als er sich am Sonnabend seinen Lohn holen wollte, wurden ihm in der That 10 M. Strafe abgezogen, jedoch redete ihm der Meister zu, vernünftig zu sein, die Kündigungsfrist zu arbeiten und versprach ihm, wenn er am Montag wieder anfangen sollte, er die einbehaltenen 10 M. auszubezahlen. Der Angeklagte trat am Montag an, arbeitete vier Stunden bis Mittag und als er nun auf Befragen des Meisters versicherte, er werde die gesetzlichen 14 Tage aushalten, zahlte ihm der Meister die 10 M. Raub hatte er das Geld in der Tasche, so verließ er die Arbeit auf Nummerwiedersehen. Es konnte sich in der zweiten Instanz nur um die Prüfung der Frage handeln, ob der erste Richter den Vertragsparagrafen mit Recht zur Anwendung gebracht habe. Der Bertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Morris, bestritt dies und behauptete, daß es zunächst gar nicht erwiesen sei, ob der Angeklagte die in der Fabrik angehängene Fabrikordnung gelesen oder — bei der Missethätigkeit solcher Ordnungen — von dem Inhalt genügend Kenntnis genommen habe. Außerdem vermisse er den kausalen Zusammenhang zwischen dem Empfange des Geldes und dem Verlassen der Arbeit. Der Gerichtshof erkannte dahin: Der Inhalt der Fabrikordnung unterliegt auf seine Berechtigung hin nicht der Prüfung des Gerichts. Wenn der Angeklagte bei Eintritt der Arbeit die Fabrikordnung wirklich nicht gelesen hatte, so erhielt er doch am 31. Juli durch den Hinweis des Meisters Kenntnis von den einschlägigen Bestimmungen. Es muß daher angenommen werden, daß derselbe am Montag, den 4. August, Aufnahme und Fortsetzung der Arbeit nur vorpiegelte, um sich in Besitz der 10 M. zu setzen. Darin liegt zweifellos ein Betrug. Das erste Urteil besteht demnach zu Recht und mußte die Berufung verworfen werden. — Dieses Urteil erscheint als unhaltbar. Denn der Unternehmer hat überhaupt nicht das Recht, dem Arbeiter „Strafen“ vom Lohne abzuziehen; er ist verpflichtet, denselben voll in bezugener Höhe auszugeben, wobei er höchstens Abzüge für tatsächlich veräumte Zeit machen kann. Der Angeklagte hat sich also lediglich in den Besitz des ihm rechtlich zustehenden, bezw. von ihm rechtlich erworbenen Lohnes, den der Unternehmer ihm widerrechtlich vorenthält, gesetzt.

Vom Siebenmeilenstiefel Theiß.

Den „Frieden“ im Munde und Groll im Herzen kann es Herr Theiß immer noch nicht über sich bringen, seine Anpassungsgelüste zu unterdrücken, weniggleich der letzte dieser Wuthausbrüche in seiner Tonart gegen frühere Selbstesprodukte dieses Herrn bedeutend schwächer geworden ist. Die „Siebenmeilen-Stiefel“ bezeichnet „Bruder Schmied“ oder richtiger Herr Theiß (in Nr. 4 d. „D. M.-A.-Z.“) eine oberflächliche Betrachtung über die von den heftigen Metallarbeitern in Offenbach gefasste Resolution, welche die Gründung einer allgemeinen Zentralfaktion für die in Sozial- und Fachvereinen zerstückelten Metallarbeiter bezweckt. Theiß stellt unter Anderem unserer Resolution (f. Nr. 4 d. „D. M.-A.-Z.“) die Resolution der Berliner Gewerkschafts-Konferenz gegenüber.

Diese Resolution vertritt sich nach Theiß nicht mit den Beschlüssen der heftigen Bezirks-Konferenz. Warum, das wird natürlich nicht verrathen. In der Berliner Resolution ist nur von zentralisirten Gewerkschaften die Rede, es werden also in allen Zweigen solche vorausgesetzt und würden hiernach die Metallarbeiter, da sie in lokalen und Fach-Vereinen organisiert sind, eine Vertretung in ihrer Mehrzahl auf dem Kongresse nicht finden. Es sei denn, daß sie die Vertretung durch Herrn Fr. Theiß in Hamburg als genügend betrachteten, was dieser in seiner Bescheidenheit gewiß nicht als genügend erachten wird, weniggleich ich nicht behaupten will, daß es ihm des „lieben Friedens“ willen nicht ganz unangenehm wäre, wenn er die Vertretung übernehmen müßte. Es ist also nicht nur kein Widerspruch, sondern eine ganz folgerichtige Handlungswelle, wenn die heftigen Metallarbeiter ihrem Wunsch zwecks baldiger Verwirklichung in Form einer Resolution Ausdruck gaben und so dazu beizutragen suchten, den Metallarbeitern eine genügende Vertretung auf dem Kongress zu sichern. Daß die Vertrauensleute in wahrer Erkenntnis dieser Resolution nur richtig handeln, wenn sie die Gründung einer Zentralfaktion beschleunigen, braucht hiernach nicht näher ausgeführt zu werden, zumal da ja Theiß die Beschlüsse der Gewerkschafts-Konferenz zehn Metallarbeiter-Kongressen vorzieht. Es würde übrigens nach dieser letzten Auslassung Theiß's ja allem Anschein nach gar kein Fehler sein können, wenn Beschlüsse einer „ehemal mehrwertigen“ Körperschaft einfach zur Annullierung früherer, von minderwertigen Kongressen (mit Ausnahme der von Theiß inspirierten), gefassten Beschlüsse führen würde und ist nach diesen Ansichten die Wuth des „Bruder Schmied“ über das „rücksichtslose“ Vorgehen der heftigen Metallarbeiter absolut unverständlich, ganz abgesehen davon, daß es für die Vertrauensleute durchaus nicht schmeichelhaft sein kann, von Theiß „in Schutz“ genommen zu werden. Wenn nun Theiß sich beschwert, daß auch hier wieder über ihn und verschlebe andere Personen „hergezogen“ wurde, so sei zu seiner Verhütung nur erwünscht, daß sich dies nur auf seine Kampfesweise, die allerdings die Metallarbeiter hinreichend zu würdigen wissen, und sein und verschiedener anderer Leute Verdrehungs-Talent bezog. Daß übrigens die Metallarbeiter nicht unrecht haben bei der Beurtheilung des Herrn Theiß, beweist dieser gegen Schluß seines „Siebenmeilenstiefel“-Aufsatzes selbst.

Der Umstand, daß die heftigen Metallarbeiter in den ersten 3 Monaten, in denen nebenbei bemerkt, die Arbeitslosigkeit doch im Zunehmen begriffen war, nur 57,27 für die Bezirks-Agitation aufgebracht und 35,29 für denselben Zweck verausgabten haben, veranlaßt ihn, denselben das Recht über Sonderbestimmungen zu urtheilen, abzusprechen. Ich scheine noch nicht den Zweck des Bezirksvertrauensmänner-Systems begriffen zu haben und will ich, selbst auf die Gefahr hin, einen Kampf, den Götter selbst vergeblich aufgenommen haben, zu führen, ihm kurz und bündig auseinandersetzen, was hierdurch erreicht werden soll. Es sollen die unnützen Kosten, die durch große Meilen auswärtiger Agitatoren entstehen, vermieden und die Gräßen der Arbeiter möglichst zu Ruh und Frommen der Alligemeinheit ausgenutzt werden! Das ist der Zweck, und diesem Bestreben unlautere Motive zu unterstellen, wie es jener Artikel beabsichtigt, indem er den Anschein erwecken soll, als wären die heftigen Metallarbeiter nicht opferwillig, ist Sache eines bössartigen oder geistesarmen Menschen!

Mit einem geradezu komisch wirkenden Schlußpfeile endet der Mann, der mal in Weimar die edle Dreistigkeit besaß, auf die Kongress-Beschlüsse der Metallarbeiter zu pfeifen, seine Abhandlung, indem er von Frieden faselt und schließlich an die Vertrauensleute appellirt, ihres Amtes zu walten, damit die „Spaltung“ keine unheilbare wird. Wirklich tölplich, dieser Appell! — Trotz aller Reistreiberei“ von gewisser Seite

wird der gesunde Sinn der deutschen Metallarbeiter eine Spaltung verhindern.

Also Alles in Allem hoffe ich, Herr Theiß, daß Sie jetzt wohl die heftigen Metallarbeiter verstehen werden. Sollte dies nicht der Fall sein, so ist dies leider nicht meine, vielleicht aber auch nicht Ihre Schuld.

Alexander Schlick,
Frankfurt a. M.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. 29).

Ausgeschlossene Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln:

- Nr. 8280 Ernst Schrother.
- 1728b Jakob Köller.
- 29748a Johann Werheit.
- 22720a Gustav Breitenbach.
- 18559 Max Pohl.
- 29861 August Kölle.
- 18596 Heinrich Brückner.
- 18526 Gb. Breitlauch.
- 27305a Johann Wilczed.
- 27306a Heinrich Sieden.
- 22787 Bernhard Freyer.
- 20269 Johann Schmelzer.
- 9771 Wilhelm Schläusen.
- 7178 Johann Dresgen.
- 5180 Karl Wessel.
- 4889 Heinrich Krebs.
- 5219 Emil Vatered.
- 5144 Robert Mautelberg.
- 26801 Gb. Weber.
- 26822 Karl Meier.
- 26842b Emil Plew.
- 28448 Wilhelm Jonetok.
- 23485 Hermann Bohyn.
- 29458 Johann Gehrmann.
- 28598 Ludwig Helmreich.
- 20845 Val. Gerbr.
- 6506 G. Pufe.
- 29947 F. Dorr.
- 18965 G. Gollag.
- 29896 S. Pöhl.
- 2287 P. Schmann.
- 21993a A. Konns.
- 17792 G. Maurer.
- 8004 M. Pöhl.
- 27401 M. Schulz.
- 8177a G. Schmelzer.
- 7187 D. Dbring.
- 18895 E. Gabriel.

Sterbe-Tafel

der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

- Nr. 7967b. Sub. Rosenbach, Kempner, geb. 3. Febr. 1856, gest. 28. Aug. 1890 an Sturz vom Dach in Oberfeld.
- 17598. Feinr. Wolter, Dachbeder, geb. 5. November 1848, gest. 17. Juli 1890 an Lungenleiden in Oberfeld.
- 10125. Heinrich Girsch, Blüthenmacher, geb. 28. Aug. 1858, gest. 28. Juli 1890 an Lungenentzündung in Mählfäulen.
- 24245. Phil. Kronenberger, Fabrikarb., geb. 22. Nov. 1868, gest. 30. Juni 1890 an Bluthurz in Gr. Auheim.
- 17717. Wilhelm Friedrichsen, Schlosser, geb. 20. Juni 1851, gest. 21. Juni 1890 an Herzschlag in Darmbad.
- 21396. Julius Quast, Dreher, geb. 18. April 1852, gest. 18. Juli 1890 an Lungenkatarrh in Berlin 5.
- 8898. Fern. Schröder, Fabrikarb., geb. 28. Nov. 1858, gest. 8. August 1890 an Lungenkatarrh in Rabenan.
- 25465. Fr. Roggenfag, Schlosser, geb. 16. Dez. 1853, gest. 20. Juli 1890 an Bauchfellentzündung in Oberfeld.
- 2739a. Robert Siepmann, Schleifer, geb. 13. Juli 1863, gest. 2. Aug. 1890 an Lungenleiden in Dorp b. Sol.
- 3425. Friedrich Kamphof, Sattler, geb. 7. Jan. 1850, gest. 17. Juli 1890 an Nierenkrankheit in Sudenburg.
- 22854. Andr. Wotter, Arbeiter, geb. 24. Januar 1870, gest. 10. April 1890 an Hüftgelenkentzündung in Sachsenhausen.
- 21329. Joh. Ott, Fuhrmann, geb. 25. August 1849, gest. 25. Juli 1890 an Lungenleiden in Sachsenhausen.
- 28855. J. Ranz, Hofier, geb. 21. Jan. 1863, gest. 27. Juli 1890 an Lungenleiden in Sachsenhausen.
- 11037. Joh. G. Volkert, Drechsler, geb. 10. Febr. 1843, gest. 13. Aug. 1890 an Rückenmarksleiden in Fürtz.
- 18406. Josef Günth, Handlungsgesilfe, geb. 18. Juni 1849, gest. 30. Aug. 1890 an Bluthurz in Raben.
- 6990. Subw. Kleinheim, Schmied, geb. 26. Febr. 1860, gest. 14. Mai 1890 an Lungenkatarrh in Remscheid.
- 14558. Wolfgang Schmid, Schlosser, geb.

- 22. Aug. 1859, gest. 29. Juni 1890 an Lungentuberkulose in Nürnberg.
- Nr. 8790. Christoph Köhlein, Gürtlermstr., geb. 25. Nov. 1845, gest. 19. Juli 1890 an Darmverstopfung in Nürnberg.
- 1880. Eduard Dietrich, Worgellandweber, geb. 21. Juni 1841, gest. 7. Juli 1890 an Grippe in Weichen.
- 5319a. Ludwig Michel, Schlosser, geb. 8. August 1856, gest. 27. Juli 1890 an Selbstmord in Braunschweig.
- 18864b. August Nahl, Schlosser, geb. 7. Juni 1868, gest. 14. Juli 1890 an Lungentuberkulose in Hamburg-St. Pauli.
- 18818. Karl Friedr. Vogel, Oberwalzer, geb. 24. Juli 1852, gest. 20. Juli 1890 an Gehirnerweichung in Schweinfurt.
- 22145. Friedr. Schurig, Schlosser, geb. 19. Juni 1849, gest. 31. Aug. 1890 an Lungentuberkulose in Halle.
- 13551. Albert Richter, Schlosser, geb. 11. Juni 1851, gest. 28. Aug. 1890 an Lungentuberkulose in Berlin 7.
- 24865a. Karl Schwarz, Kupferschmied, geb. 7. Dez. 1850, gest. 31. Aug. 1890 an Herzfehler in Berlin 7.
- 975a. Andreas Müller, Fabrikarb., geb. 3. Dez. 1839, gest. 30. August 1890 an Nierenentzündung in Lindenhof.
- 6636. Ferdinand Müller, Metallarbeit., geb. 13. April 1865, gest. 13. Sept. 1890 an Lungenschwindsucht in Aue.
- 19876a. August Schwebel, Schlosser, geb. 28. Sept. 1869, gest. 12. Sept. 1890 an Lungentuberkulose in Gießen.
- 4539. Egidius Köfler, Fahrhursche, geb. 31. Aug. 1842, gest. 19. Sept. 1890 an Bronchialkatarrh in Oberarr.
- 5545. Hermann Köhler, Maurer, geb. 26. April 1856, gest. 18. Okt. 1890 an Gehirnentzündung in Pieschen.
- 20996. Karl Tröger, Tischler, geb. 8. März 1845, gest. 4. Oktober 1890 an Lungenschwindsucht in Pieschen.
- 20153. Johann Kuppe, Schlosser, geb. 8. Juli 1849, gest. 21. Sept. 1890 an Lungentuberkulose in Berlin 4.
- 28309. Klaus Johannsen, Schlosser, geb. 12. Mai 1864, gest. 24. Sept. 1890 an Lungentuberkulose in Gilded.
- 25179. Ernst Günther, Hilfsarbeiter, geb. 12. Sept. 1848, gest. 6. Sept. 1890 an Lungentuberkulose in Berlin 8.
- 29035. Rudolf Schröder, Former, geb. 3. Mai 1852, gest. 21. Sept. 1890 an Darm- und Nierenkrebs in Acherleben.
- 1747. Hermann Hinckhammer, Former, geb. 7. Aug. 1847, gest. 27. Sept. 1890 an Lungentuberkulose in Humboldt-Kolonie.
- 16507. Ludwig Wild, Schlosser, geb. 17. Okt. 1848, gest. 11. Sept. 1890 an Nierenentzündung in Mannheim.
- 24912. Alois Pleggar, Fuhrmann, geb. 18. Juni 1851, gest. 17. Okt. 1890 an Schlagfluß in Wangen.
- 29271b. Friedrich Rief, Schlosser, geb. 16. Juli 1859, gest. 13. Sept. 1890 an Nierenentzündung in Berlin 9.
- 2430. Raimund Herbrich, Schriftgießer, geb. 29. Okt. 1849, gest. 14. Okt. 1890 an Lungentuberkulose in Dresden A.
- 7150. Max Langhammer, Gürtler, geb. 15. Dez. 1860, gest. 27. Okt. 1890 an Lungentuberkulose in Dresden A.
- 3818b. Eberhard Nothholz, Schlosser, geb. 13. März 1861, gest. 24. Okt. 1890 an Tuberkulose in Nürnberg.
- 3920. Friedrich Schmidt, Eisengießer, geb. 20. April 1849, gest. 2. Sept. 1890 an Herz- und Lungenschwäche in Nürnberg.
- 10139. Eduard Hechel, Schmied, geb. 23. Dez. 1857, gest. 14. Sept. 1890 an Hirnschlag in Breslau.
- 18625. Johann Knittel, Arbeiter, geb. 8. Febr. 1847, gest. 7. Oktober 1890 an Unfall in Breslau.
- 14951. Joh. Michelsen, Klempner, geb. 17. Sept. 1872, gest. 4. Okt. 1890 an Grippe und Typhus in Hamburg.
- 22407. Th. Sälinger, Maschinenwärter, geb. 9. Novbr. 1850, gest. 6. Sept. 1890 an Pfehltopfschwindsucht in Offenbürg.
- 14321. Fr. Jul. Grundmann, Dreher, geb. 1. März 1858, gest. 6. Okt. 1890 Geisteskrank in Chemnitz.
- 24332. Georg Schick, Fabrikarb., geb. 16. Juni 1844, gest. 20. Sept. 1890 an Lungentuberkulose in Döppingen.
- 12993. Johann van den Herz, Schlosser, geb. 5. Sept. 1846, gest. 13. Sept. 1890 an Gehirnentzündung in Hingern.

Formular erhalten haben, wollen dasselbe sofort reklamieren.

Die Redaktion.

Litterarisches.

Das untergehende Handwerk und seine Rettung. Eine wirtschaftliche Studie von Paul Breitung. Preis 80 S. Diese höchst zeitgemäße Schrift führt einen Lesenden in leicht verständlicher Weise ein in die geschichtliche Entwicklung und Grundlagen des alten Handwerks, in seinen Kampf mit dem Kapitalismus und seiner Verfall, seine heutige Lage. Speziell der modernen Handwerkerbewegung und ihren Bestrebungen, ihrer Stellung zwischen der Industrie und den Lohnarbeitern widmet der Verfasser eine gründliche Beleuchtung, wie er auch die an der „Rettung des Handwerks“ beteiligten Parteien in den Bereich seiner Betrachtungen zieht. Diese Schrift zeugt von gründlichem Sachkenntnis und einem klaren Blick ins wirtschaftliche Leben, und dürfte besonders bei dem Interesse, welches augenblicklich die im Reichstage in Vorberatung stehende Novelle zur Gewerbeordnung erregt, lesenswerth sein. Wir empfehlen sie nicht nur allen Arbeitern und Gewerkschaften, denen sie besonders zur Agitation willkommen sein wird, sondern namentlich auch allen Handwerkern, für welche ein wirklich wahres Wort über ihre wirtschaftliche Lage nur belehrend sein kann. Zu beziehen ist sie durch alle Arbeiterbuchhandlungen und durch den Verleger Herr Hermann Grimpe, Elberfeld, H. Klopffeld 10.

„Lichtstrahlen“, Blätter für volkstümliche Wissenschaft. Zugleich ein literarisches Wegweiser für das Volk. Erscheint halbmonatlich in Heften à 20 S. Dresden, Verlag von D. Harnisch. — Soeben erschien das 9. Heft. Inhalt: Haushaltung und Kulturentwicklung. Von G. H. Herrmann (Fortf.). — Geistesliches über den Marienkult. Von Hermann Reißler (Fortsetzung). — Unsere Winterzeit. Von G. H. Herrmann (Fortsetzung). — Die Grundregeln der Naturheilmethoden. Von Hermann Wolf. — Naturmenschenliche Lebensauffassung und ihre Konsequenzen. Eine ethnologische Skizze von G. Reißler. — Litterarisches. — Kleine Mitteilungen: Lebendig begraben; Römische Finstertinge; Neue Petroleumfunde. — Beilagen: Moderne Romanbibliothek: Itona (Eplak), Roman von Heinr. Lewes (S. 25 bis 32); Inzeratesbeilage. — Die „Lichtstrahlen“ sind durch sämtliche Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Von der Post (Zeitungspostliste Nr. 3624a) bezogen, beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis M. 1,35.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. B. Dieck Verlag) ist soeben das 19. Heft des 9. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Der Schutz Pablenwäth's. — Zur Frage des ehernen Lohngesetzes. VI. Von Ed. Bernstein. — Zundersteuer und Zunder-Industrie. II. Von Max Schippel. — Die Ueberwachung der schweizerischen Arbeiterchutzgesetze durch die Arbeiterchaft. Von D. Zinner. — Feuilleton: Töchter unserer Zeit. Roman aus dem modernen Gesellschaftsleben von F. v. Osta. (Fortsetzung.)

Briefkasten.

Hannau. Die Aufnahme der Notiz über das Bangeschäft hat nur dann einen Zweck, wenn dasselbe auch genannt wird. Eine große Anzahl Korrespondenzen mußten zurückgestellt werden.

Vereins-Anzeigen.

Altena. (Fachv. der Metallarbeiter.) Sonntag, 22. Febr., Abends 6 Uhr, Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung wird im Lokale bekannt gemacht. — Die sämigen Mitglieder werden gebeten, ihren Verpflichtungen nachzukommen; diejenigen, die länger als 3 Monate reistiren, werden in der Metallarbeiter-Zeitung bekannt gemacht, event. ausgeschlossen. Da verschiedene Mitglieder längere Zeit Bücher im Besitz haben, werden sie hierdurch unter Hinweis auf die Bibliotheksordnung aufgefordert, dieselben in der nächsten Versammlung an den Bibliothekar abzuliefern. Sämtliche Briefe etc. sind an den 1. Vorsitzenden Gust. Rohmann, (Wohnung?) zu richten.

Braunschweig. (Fachv. der Former und Kernmacher.) Sonntag, 21. Februar, Abends halb 9 Uhr, bei Th. Rogge, Alte

Knochenhauerstraße Nr. 11, Mitglieder-

versammlung. **Eilenburg.** (Metallarbeiter-Fachverein.) Sonntag, 14. Febr., Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mitglieder-

versammlung. **Hannover.** (Metall-Industrie-Verein.) Montag, 16. Februar, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-

versammlung. **Hannau.** (Fachv. der Metallarbeiter.) Unser Verkehrslokal und Arbeits-Nachweis befindet sich im Gasthaus zur „Stadt Frankfurt“ am Kanalplaz.

Hannover. (Metall-Industrie-Verein.) Montag, 16. Februar, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-

Hannau. (Fachverein der Spengler und Installateure.) Der Arbeitsnachweis sowie die Herberge befindet sich von jetzt ab im Gasthaus zur „Stadt Frankfurt“ (Kanalplaz).

Karlsruhe. (Metallarbeiter-Fachverein.) Samstag, 14. Februar, im Saale des Herrn Kaiser, Schützenstraße 53, Mitglieder-

Leipzig. (Former-Verein.) Sonntag, 22. Februar, Versammlung. L.-O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag: Was ist der Zweck der freien Arbeiterorganisationen und was bezweckt die Vereingung der Unternehmer. Diskussion. — Wir eruchen Kollegen Selim, angeblich wohnhaft in Gohlis bei Leipzig, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Leipzig. (Former-Verein.) Sonntag, 22. Februar, Versammlung. L.-O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag: Was ist der Zweck der freien Arbeiterorganisationen und was bezweckt die Vereingung der Unternehmer. Diskussion. — Wir eruchen Kollegen Selim, angeblich wohnhaft in Gohlis bei Leipzig, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Leipzig. (Former-Verein.) Sonntag, 22. Februar, Versammlung. L.-O.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag: Was ist der Zweck der freien Arbeiterorganisationen und was bezweckt die Vereingung der Unternehmer. Diskussion. — Wir eruchen Kollegen Selim, angeblich wohnhaft in Gohlis bei Leipzig, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Mannheim. (Former-Verein.) Samstag, 14. Februar, Abends halb 9 Uhr, im Lokal Rimbach, Mitglieder-

Magdeburg. (Verein aller in der Eisen- und Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter (früher Fachverein der Former Magdeburgs und Umgegend.) Sonntag, 15. Febr., in der Budauer Bierhalle (oberer Saal), Genera-

Mannheim. (Former-Verein.) Samstag, 14. Februar, Abends halb 9 Uhr, im Lokal Rimbach, Mitglieder-

Mannheim. (Former-Verein.) Samstag, 14. Februar, Abends halb 9 Uhr, im Lokal Rimbach, Mitglieder-

Mannheim. (Former-Verein.) Samstag, 14. Februar, Abends halb 9 Uhr, im Lokal Rimbach, Mitglieder-

Mannheim. (Former-Verein.) Samstag, 14. Februar, Abends halb 9 Uhr, im Lokal Rimbach, Mitglieder-

Mannheim. (Former-Verein.) Samstag, 14. Februar, Abends halb 9 Uhr, im Lokal Rimbach, Mitglieder-

Versammlung. L.-O.: Vortrag, Referent Herr G. Wajch. Diskussion.

Waldenbüttel. (Metallarbeiter-Verein.) Der Vorsitzende des Metallarbeiter-Vereins Wiesler wohnt Thiederstr. 3.

Worms. (Former-Verein.) Hierdurch fordern wir den Former-Strunk in Hamburg, welcher hier in der Essengleiseret von Schütz gearbeitet hat, auf, die Belcidigung, welche er sich gegen den hiesigen Formerverein hat zu schulden kommen lassen, öffentlich durch die „Metallarbeiter-Zeitung“ zurückzunehmen, im anderen Falle müssen wir uns zur Entscheidung dieser Sache an andere Personen wenden. — Gleichzeitig fordern wir auch denjenigen Verläumber auf, welcher Herrn Obermeister Pfannenbender falsche Angaben über unseren Verein gemacht hat, dieselben zurückzunehmen, sonst sind wir genöthigt, denselben öffentlich zu belangen. Friedrich Wenner, Vorsitzender, Fischerpfortchen 16.

Anzeigen.

Im Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart ist soeben erschienen:

Die Frau und der Sozialismus Von August Bebel.

Neunte gänzlich umgearbeitete Auflage. Preis broch. M. 2.—, geb. M. 2.50.

Die früheren Auflagen dieses Buches sind unter dem Titel: „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ erschienen und zwar des Sozialisten-Gesetzes wegen in der Schweiz.

Der Verfasser tritt nunmehr mit der vollständig umgearbeiteten, von dem Verbote durch das Sozialistengesetz befreiten Schrift vor das deutsche Publikum.

Das Buch ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen. Bei direktem Bezug durch den Verlag ist das Porto mit 20 Pf. beizufügen.

Für Anfertigung eines Massenartikels (D. R.-P.)

ein leistungsfähiger Fabrikant gesucht. Fräsmaschinen, Stanze, Polirmaschine erforderlich. Offertirt an H. H. Anthes, Ludwigshafen a. Rh.

Unsern Kollegen H. Hahn bei seiner Abreise nach Belgien herzlichsten Lebewohl! Unterstützungsverein der Former und Kernmacher Lübeck.

Der Schlosser Theodor Eikermann aus Hamburg wird aufgefordert, seiner Schwester, Hannover, Hagenstr. 6, wegen Todesfall seine Adresse mitzutheilen.

In Folge der Warnung vor dem Drahtweber Max Weiß in Nr. 52 und 6 dieser Zeitung sehe ich mich veranlaßt, da leicht die Meinung aufkommen könnte, daß ich mit demselben identisch wäre, zu erklären, daß ich zu demselben in gar keiner Beziehung stehe.

Max Weiß, Klempner, Mitglied des Fachvereins der Metallarbeiter zu Acherleben, geb. den 30. Juni 1859 zu Budapest.

Quittungs-Marken und Kautschuck-Stempel-Fabrik von Jean Holze, Hamburg, gr. Dr. h. Bahn 45.

Selt 12 Jahren liefern wir sämtlicher bestehenden Central-Franken-Kassen und ca. 5000 Kassen und Vereine Deutschlands, Englands und Amerikas. Beste Bezugsquelle. Schnellste Bedienung. Solide Preise. Der Versandt geschieht portofrei.

Zur Beachtung für die Fach-Vereins-Vorstände.

Mit voriger Nummer verlanben wir ein Formular behufs Herstellung eines Adressen-Verzeichnisses. Wir eruchen um umgehende Ausfüllung und Rücksendung derselben. Vereine, welche aus Versehen kein solches